



adalbertus

zeitschrift für ostmitteleuropäische begegnung

herausgegeben von

adalbertus-werk e.v. adalbertus-jugend

bildungswerk der danziger katholiken katholische jugend aus danziger familien

forum

ZUKUNFT EUROPA – EIN DIALOGISCHER PROZESS



BERICHTE VOM 50. GEMENTREFFEN

INHALT

Gerhard Nitschke Zukunft Europa – ein dialogischer Prozeß	Seite 2
Pfarrer Paul Magino Zum Wechsel der Jahre Geistliches Wort	Seite 2
Norbert Czerwinski Sieben Jahre nach der Wende – Bilanz europäischer Öffnung Zum Referat von Dr. Dieter Bingen	Seite 4
Eberhard Lilienthal Der Konflikt auf dem Balkan – Bilanz europäischen Versagens Zum Referat von Prof. Dr. Adalbert Rebić	Seite 5
Grußworte Arbeitskreise Perspektive Europa – Einschätzungen in den Ländern	Seite 5
Stephan Erb Polen	Seite 7
Andrea Gawrich Litauen	Seite 8
Monika Wienhold-Quecke Ukraine	Seite 8
Claudia Gawrich Tschechien	Seite 9



Teilnehmer die schon beim 1. Gementreffen 1947 dabei waren.

Gerhard Nitschke Der Jubiläums-Festtag in Gemen	Seite 18
Erklärung aus Anlaß des 50. Gementreffens	Seite 19
Predigt im Festgottesdienst von Prälat Stanisław Bogdanowicz	Seite 20
Viola Nitschke Betende Gemeinschaft	Seite 21

ZUM TITELBILD

von links oben nach rechts unten:

- Festgottesdienst in der Gemener Christus-König-Kirche
- Ökumenischer Dialog: Erzbischof Küvit aus Tallin und Pater Zils OP aus Rom
- Die „Rittersleut“ beim Großen Burgfest
- Festakt im Rittersaal mit der CAPPELLA GEDANENSIS

Als am 7. Juli 1996, am Sonntagabend, im überfüllten Rittersaal der Burg Gemen nach der dritten Zugabe die Zuhörer den aus Danzig eigens für dieses Abschlußkonzert angereisten Mitgliedern der CAPPELLA GEDANENSIS „standing ovations“ darbrachten, ging mit dieser großartigen Darbietung von „Musik aus dem alten Danzig“ ein wahrer Festtag aus Anlaß des 50. Gementreffens zu Ende. In fast atemloser Stille war den geistlichen Werken von in Danzig vom 16. bis 18. Jahrhundert wirkenden Komponisten gelauscht worden. Selten vielleicht ist die verbindende Kraft der Musik so deutlich zu spüren gewesen wie an diesem Abend, an dem junge polnische Künstler aus Danzig vor „alten“ und „neuen“ Bürgern dieser Stadt Schätze aus ihrem gemeinsamen kulturellen Besitz erklingen ließen. Und wohl bei allen Zuhörern bestand ein Gefühl großer Freude und Dankbarkeit gegenüber den Musikern, aber auch generell über die Tatsache, daß beim 50. Gementreffen ein solches Ereignis möglich war, von dem man noch beim 40. nicht hätte träumen können. Mit diesem außerordentlichen Abend schloß aber zugleich auch ein Jubiläumstreffen, das man getrost zu den besonders herausragenden in der nun ein halbes Jahrhundert umfassenden „Gemen-Geschichte“ der Danziger Katholiken zählen darf. Schon von der Teilnehmerzahl her übertraf es alle Erwartungen: am Sonntag waren es etwa 300, davon über 70 aus Polen. 50 waren am Mittwoch mit einem großen Bus aus Danzig angereist, um an der ganzen Tagung teilzunehmen, wie schon in den letzten drei Jahren insbesondere Mitglieder des

Der Vorstand des **adalbertus-werkes** und das Sprecherteam der **adalbertus-jugend** danken am Ende des Jubiläumsjahres allen Mitarbeitern, Mitgliedern und Förderern und wünschen Ihnen und allen Lesern des **adalbertusforums** Gottes reichen Segen zur heiligen Weihnacht und für das kommende Jahr 1997.

Adalbert Ordowski Podiumsdiskussion	
Zukunft Europa – ein dialogischer Prozeß	Seite 10
Georg Domansky Gesprächsforum	
Der Beitrag der Kirchen zum Dialog in Ostmitteleuropa	Seite 11
Festansprache	
Zukunft Europa – ein gemeinsamer Weg von Adam Krzemiński	Seite 13

Erinnerung an den Gründer	Seite 21
Gerhard Nitschke	
Ausstellung zum 50. Gementreffen	Seite 22
Monika Wienhold-Quecke	
In höfischer Tradition	
Burgfest des 50. Gementreffens	Seite 23
Monika Wienhold-Quecke	
Splitter vom Kinderprogramm	Seite 23
Marianne Nipps / Adalbert Ordowski	
Jugendprogramm	Seite 24
Stimmen aus Danzig	Seite 24
Viola Nitschke	
Kultur und Geselligkeit	Seite 25
Mitgliederversammlung	Seite 26
Dank und Willkommen	Seite 26
Veranstaltungen	Seite 28
Kirchbauverein St. Dorothea von Montau	Seite 28

51. GEMENTREFFEN VOM 6. BIS 11. AUGUST 1997

IMPRESSUM

Herausgeber:

adalbertus-werk e.v. und adalbertus-jugend,
Hubertusstraße 5, 40219 Düsseldorf.

Redaktion: Gerhard Nitschke,
Am Gentenberg 1, 40489 Düsseldorf,
Tel. (02 11) 40 04 40, Fax (02 11) 40 78 74.

Gestaltung und Herstellung:
Willi Wilczek SatzService,
An der Vehlingshecke 35, 40221 Düsseldorf,
Tel. (02 11) 15 30 31, Fax (02 11) 15 30 77.
Fotos: W. Derow, G. Nitschke, U. Wobbe.
Die Zeitschrift erscheint viermal im Jahr,
Für Mitglieder ist der Bezugspreis im
Mitgliedsbeitrag enthalten.

Für Nichtmitglieder wird eine Spende in Höhe
von 18,- DM je Jahr erbeten.
Konto: Postbank Essen (BLZ 360 100 43)
Konto-Nr. 1519 66-435



Auch beim 50. Gementreffen – wie in den letzten Jahren – Gäste aus Danzig.

Zum Wechsel der Jahre

Geistliches Wort

Pfarrer Paul Magino

Die Advents- und Weihnachtszeit ist die Zeit der Lieder, der Kerzen und Sterne. Wir zünden die Kerzen am Adventskranz an, wir freuen uns über die brennenden Lichter am Christbaum. Und mit welcher Begeisterung sind zu Beginn des neuen Jahres die vielen Sternsinger und Sternsingerrinnen mit dem Stern, der guten Botschaft von der Menschwerdung Gottes mitten unter uns und mit dem Segen Gottes für unsere Häuser unterwegs.

Die Adventszeit ist weitaus mehr als die Vorbereitung auf Weihnachten. Sie drückt aus, was zu allen Zeiten und das ganze Jahr über zum Menschsein gehört: Warten auf Gott und seine Liebe. Die Weihnachtszeit hat verschiedene Seiten: Die Lichter aus der Krippe von Bethlehem weisen auf die Geburt Christi hin, der für uns Menschen lebte, für uns starb und auferstand. Dort an der Krippe begegnet uns die Familie mit dem Kind, das die Welt durch sein Leben

„Bundes der deutschen Minderheit“ und der „Gesellschaft Polen-Deutschland“. Doch nicht nur das Erlebnis einer großen Gemeinschaft von Deutschen und Polen auf der Burg, sondern auch die geistige und kulturelle Substanz des Treffens, die Intensität der Gespräche und des Gedankenaustauschs, die gemeinsame Festfreude von Jung und Alt und besonders auch die Gemeinschaft des Gebetes in den wieder sehr verschiedenartig gestalteten Gottesdien-

Polen in Deutschland – und auch von der Intensivität der Überlegungen und Gespräche in diesen Gementagen erkennen lassen.

Wie immer gab es auch beim 50. Gementreffen wieder zwei Parallelprogramme für Jugendliche und Kinder, beide gestaltet von erfahrenen Jugendleitern und Pädagogen. Im ersten wurde versucht, vom Nachdenken über die Ereignisse im ehemaligen Jugoslawien, über die Gedanken zum Euro-

pabild heutiger Jugendlicher bis zu konkreten Anfragen an den Glauben vorzudringen; im zweiten war das Thema: „Leben auf der Burg“. Es bot Gelegenheit, ausgehend von den „alten Rittersleut“ über die Burgen im Weichselraum zu konkreten Vorbereitungen für das Große Burgfest am Sonntag zu kommen. Die Kinder machten wieder begeistert mit und brachten manches aus ihrem Programm auch in den Familiengottesdienst ein.

Das 50. Gementreffen liegt nun schon wieder einige Monate hinter uns. Es war sicher eines, das noch lange nachwirken wird, insbesondere bei den Gästen aus Danzig, die sich in Gemen schon in Vorfreude auf die 3. Deutsch-polnische Studientagung verabschiedeten, die Anfang Oktober in Danzig stattfand und deutsche und polnische – „alte“ und „neue“ – Danziger erneut zusammenführte, zwischen denen das Band der Gemeinschaft durch das 50. Gemen-

treffen wieder um einiges fester geworden ist.

Beeindruckt von Niveau und Geist des Treffens waren aber auch unsere Referenten, sowohl die aus Deutschland kommenden als auch besonders die aus den ostmitteleuropäischen Nachbarländern angereisten. Sie versicherten uns beim Abschied in Gemen – und bestätigten es zum Teil nochmals in Dankschreiben, wie sehr sie von der Atmosphäre dieser Gementage angetan waren, von dem selbstverständlichen Miteinander einer so großen Gemeinschaft deutscher und polnischer Teilnehmer, sowohl bei geistiger Arbeit und im Erlebnis der Freude, als auch im gemeinsamen Gebet und der Feier der Gottesdienste.

Insbesondere jedoch wurde der offene vorbehaltlose Dialog hervorgehoben, der wieder in Gemen möglich war, und zwar in diesem Jahr erneut – wie schon 1993 beim Thema „Nationalismus“ – nicht nur bilateral als deutsch-polnischer, sondern mit Vertretern von neun europäischen Nationen als weit größeres europäisches Gespräch. Dies wird auch der Weg sein, den wir weitergehen müssen, indem wir uns stets bemühen, über den Zaun unserer engeren Heimat hinauszuschauen und unsere europäischen Aufgaben wahrzunehmen. Das bevorstehende Doppel-Jubiläum der 1000-Jahr-Feier Danzigs und des Martyrtodes des hl. Adalberts wird dafür im nächsten Jahr thematisch den Rahmen geben, wenn wir uns Anfang August 1997 zum 51. Mal in „unserer Burg Gemen“ treffen werden.

Gerhard Nitschke

1. Vorsitzender des Adalbertus-Werkes e.V.

ZUKUNFT EUROPA – EIN DIALOGISCHER PROZESS

50. GEMENTREFFEN DER DANZIGER KATHOLIKEN VOM 3. BIS 8. JULI 1996

sten, wird den Teilnehmern sicher unvergänglich bleiben.

Der Jubiläums-Festtag, der in dem Festkonzert seinen Abschluß fand und über dessen Ablauf im einzelnen an anderer Stelle dieses *adalbertusforums* berichtet wird, stand am Ende einer sehr arbeitsreichen Tagung mit Vorträgen, Arbeitskreisen, Gesprächsforen, in denen in drei Schritten von Donnerstag bis Samstag über die europäischen Probleme nachgedacht wurde. Hierüber bringt diese Ausgabe wieder zusammenfassende Einzelberichte, die etwas von der Kompetenz der Vortragenden aus neun europäischen Nationen – darunter der Erzbischof der Lutherischen Kirche Estlands, der Sonderbotschafter des litauischen Präsidenten und der Gesandte der Republik

und Handeln, durch seine Hingabe und Zuwendung zu allen Menschen verändert hat. Ihm können wir vertrauen.

Der Wechsel der Jahre läßt noch einmal zurückblicken. Was ist gelungen in diesem vergangenen Jahr, wo bin ich gescheitert, was hat mich vorangebracht? Und es ist der Blick nach vorne, der uns diese Tage des Jahreswechsels so spannend macht. Was wird an Neuem kommen, was bringt das Jahr?

Besonders deutlich wird in diesen Wochen der Auftrag Jesu an uns, mit Phantasie und Mut, mit ganzem Einsatz am Frieden in der Welt und an der Versöhnung unter den Menschen mitzubauen. Das ist die Botschaft von Weihnachten, klein zu werden wie das Kind in der Krippe, aus der Perspektive des Kindes die Welt zu sehen und neu anzufangen.

Vieles aus dem eigenen Leben wird deutlich am Leben Jesu. Früh mußte er mit den Eltern fliehen, um der Macht der Welt nicht in die Hände zu fallen. Ungewiß war seine Zukunft, Armut zeichnete seine Familie aus. Fallen uns da nicht eigene Lebensgeschichten und Familiengeschichten ein?

Und doch weist gerade der Weg Jesu weit über die Ängste des Lebens hinaus. Er macht uns Mut, Schritte der Versöhnung zu tun, über den eigenen Schatten hinwegzuspringen, neue Menschen zu werden.

Aus China stammt folgende Geschichte:

*Ich sagte zu dem Engel,
der an der Pforte des neuen Jahres stand:
Gib mir ein Licht, damit ich sicher
Fußes der Ungewißheit
entgegegehen kann!*

*Aber er antwortete:
Gehe nur hin in die Dunkelheit
und lege deine Hand in die Hand Gottes!
Das ist besser als ein Licht
und sicherer als ein bekannter Weg!*

Welche Zusage steckt darin. Wir legen unsere Hand in die Hand Gottes. Er wird uns führen ins neue Jahr mit all seinen Unge- wissheiten.

Er stärkt uns, daß wir dieses Leben gestalten, daß wir Vergangenes fruchtbar machen für uns und die Mitmenschen. Er begegnet uns in den Fremden und Ausgestoßenen in unserem eigenen Land, in unseren Städten und Dörfern. Er bittet um Einlaß und Hilfe. Ihn erkennen wir in den Notleidenden der Welt.

Auch das neue Jahr fordert uns im Adalbertus-Werk heraus zu Schritten der Vergebung und Versöhnung, zum Neuanfang. In der Geburt Christi ist uns die Zusage gegeben, daß Gott einer von uns wird, herabsteigt in das menschliche Leben, um unser Leben zu einem Teil seines Lebens zu machen. Keine anderen Hände als die unse-

ren hat Gott, keine anderen Füße als die unseren. Wir sind Boten und Botinnen, uns hat er in seinen Dienst genommen, uns im Adalbertus-Werk vor allem in den Dienst der Begegnung und Versöhnung. Gott überfordert uns nicht mit diesem Auftrag, er mutet uns viel zu, er gibt aber auch die Kraft.



Die Geburt Christi, Inkunabel aus dem 15. Jh.
Original in der ehemaligen Danziger Stadtbibliothek.

Die Staaten der Wende umfassen einen historisch-politisch, zivilisatorisch, kulturell und religiös außerdentlich ausdifferenzierten Raum. Obwohl sie die neue Ordnung auf der Grundlage der gleichen Erfahrung bilden, wirken sich die besonderen historischen, kulturellen, wirtschaftlichen und ethnischen Bedingungen aus. Zwar waren die Schlagworte des Völkerfrühlings 1989/90, die allgemeine Richtung der Veränderung und die friedlichen Mechanismen des Wandels ähnlich, aber Tempo und Charakter der Veränderung in den sieben Jahren seit dem Umsturz waren recht unterschiedlich.

Vier Regionen

1. Der ostmitteleuropäische Raum (OME) außerhalb des traditionellen russischen Einflußbereichs – also Polen, Ungarn, die Tschechische und die Slowakische Republik sowie Slowenien, der sich über Jahrhunderte im Einflußbereich des lateinischen Westens befand (mit Ausnahme eines Teils Polens).
2. Der nordosteuropäische Raum im russischen und sowjetischen Einflußbereich – Estland, Lettland und Litauen, der sich wirtschaftlich und kulturell im Orbit des Westens befand, zugleich aber durch russische Oberherrschaft und 50jährige sowjetische Besatzungspolitik geprägt wurde.
3. Der südosteuropäische Raum mit Rumänien, Moldawien, Bulgarien, Albanien, Serbien, Mazedonien, deren politisches Bewußtsein durch widersprüchliche Elemente gekennzeichnet ist, die sich aus der osmanischen Fremdherrschaft, byzantinischen Traditionen und der ethnischen, religiösen und kulturellen Zersplitterung in diesem Gebiet ergeben.
4. Der postsowjetische Raum mit Rußland, Weißrußland, der Ukraine, Georgien, Armenien und Aserbaidschan, der durch jahrhundertelangen zaristischen Imperialismus, Autokratie und den 70jährigen kommunistischen Totalitarismus geprägt ist.

Urheber und Opfer des Umschwungs

Die Bürger in den postkommunistischen Demokratien Europas sind in gleichem Maße die Urheber wie die Opfer des Umschwungs. Die ungeheuren gesellschaftlichen und psychisch-moralischen Kosten, die diese Gesellschaften für die wiedergewonnene Freiheit bezahlt haben, haben mehrere Gründe: Alle Gebiete des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens müssen gleichzeitig umgestaltet werden: Demokratie gewinnt nur an Glaubwürdigkeit, wenn eine effektive Wirtschaft, ein stabiles Rechtssystem und eine bewußte Bürgerschaft entstehen. Manches wurde dabei von den neuen Eliten unterschätzt, dazu gehört vor allem das Verständnis für die Erbschaft des Kommunismus. Im Anbetracht des Fehlens einer selbstbewußten Bürgerschaft und einer starken ökonomischen Mittelschicht übernahmen in der Anfangszeit Intellektuelle die politische Führung. Es fehlte an professioneller Erfahrung und neuer politischer Philosophie; die Dissidententalität erwies sich als



ungenügendes Vermächtnis. In Polen ist das Lager der Solidarność ein abschreckendes Beispiel für Karrieredenken, Unfähigkeit zum politischen Kompromiß und populistische Appelle. Der Hang zum Populismus, den Dr. Bingen kurzerhand damit kennzeichnete, „daß nicht dem Volk aufs Maul geschaut, sondern nach dem Mund gerichtet wird“, wurde in Polen bei den ersten Präsidentschaftswahlen 1990 sichtbar, doch hat sich dieser nicht durchgesetzt.

Nationales Selbstbewußtsein

Am Beginn der Umgestaltung spielte das nationale Selbstbewußtsein und die Abwehr

breiter Bevölkerungsschichten verhindert wird. Die ostmitteleuropäischen Staaten scheinen dazu eher in der Lage zu sein, in Südosteuropa ist das schwieriger, hier ist die historische Erblast drückender, die politische Kultur im Sinne des Kompromisses nicht so weit entwickelt, die wirtschaftlichen Reformen noch in einer frühen Phase und der Lebensstandard niedrig.

„Rückkehr nach Europa“

Die Floskel „Rückkehr nach Europa“ wurde in der Wendezeit von den Eliten der Transformationsstaaten als Synonym benutzt für die neue außen- und sicherheitspolitische Orientierung. Wenngleich das Wort „Rückkehr“ im geographischen Sinne natürlich falsch ist, so trifft es doch in dem Sinne zu, daß es sich um eine Rückkehr zur europäischen Zivilisationsgemeinschaft handelt, die sich auf christlich-jüdische Ethik, dem Denken der Aufklärung und den Erfahrungen bürgerlicher Revolutionen mit den Werten Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit gründet. Mit dem „Weg nach Europa“ suchen deren Befürworter eine Stabilitätsversprechende Antwort auf die Versuchung einer betont nationalistischen Politik. Die europäische Option hat die Desorientierung immer breiterer Bevölkerungsschichten zum Gegner, aber die Demagogien haben noch in keinem Land gesiegt und einen Bruch mit dem Westen gebracht.

Fazit

Ungeachtet der weitverbreiteten Unzufriedenheit mit dem Verlauf der Transformation erscheint keine Alternative zu dem demokratischen Modell am Horizont. Angeichts der Fülle der Aufgaben und persönlichen Belastungen, die noch auf die Länder Ostmittel- und Südosteupas zukommen, kann das nicht hoch genug geschätzt werden. Die Mühen mit dem neuen System entladen sich nicht in demagogischen Massenbewegungen, der Mechanismus des Machtwechsels durch das Einhalten demokratischer Spielregeln scheint zu funktionieren. Die spannende Frage der nächsten Jahre wird sein: Wie gelingt der Umgang mit dem Erbe des Kommunismus, wie gelingt die politische, historische und juristische Aufarbeitung und wie können die Millionen, die auf die eine oder andere Weise mit dem System verbunden waren, in das neue System integriert werden. Zum Schluß verwies Dr. Bingen darauf, daß die angesprochenen Fragen nicht nur das Problem der Polen, Albaner usw. sind, sondern auch wir Deutschen in einem Transformationsland leben, auch wenn viele es noch gar nicht bemerkt haben.

Erfahrungsberichte

Nach dem Referat gab es in vier Runden Erfahrungsberichte von Teilnehmern und Teilnehmerinnen. In der ersten Runde ging es um den Wegfall der ideologischen Konfrontation. Norbert Dorns berichtete von seinen Erfahrungen als katholischer Ost-Berliner, Prof. Januszajtis erzählte von der Zeit des Umbruchs in Danzig, als er erster demokratischer Stadtratspräsident Danzigs

Sieben Jahre nach der Wende – Bilanz europäischer Offnung

Referent: Dr. Dieter Bingen, Köln

des russischen und sowjetischen Imperialismus eine wichtige und emanzipatorische Rolle. Der ostmittel- und südosteuropäische Raum war in den vergangenen Jahrhunderten national-ethnisch, kulturell und religiös aufgesplittet, wie es im sonstigen Europa nicht der Fall war. Politische Lösungen waren vor 1945 nicht gefunden worden und der Kommunismus hat diese Konflikte nur unterdrückt. Trotz der internationalistischen Ideologie hatten die offiziell verbrüdernden Staaten Stacheldraht zwischen sich. Der Völkerfrühling hat nicht nur die Demokratie gebracht, sondern auch die ungelöste nationalen Probleme und Minoritätenfragen wieder auf die Tagesordnung gesetzt. Für Westeuropäer ist es schwierig zu unterscheiden, was Chauvinismus und was Suche nach nationaler Identität ist. Ob sich ein nationaler Konflikt löst oder verschärft, hängt auch vom wirtschaftlichen Erfolg ab und ob eine Verarmung



Von links: Norbert Dorns, Norbert Czerwinski, Prof. Dr. A. Januszajis, Matthias Graner.

war. Matthias Graner schließlich ist vor zwei Jahren als „Wessi“ nach Magdeburg gewechselt. In der zweiten Runde berichteten zwei Priester aus ihrer Sicht: Prälat Stanislaw Bogdanowicz, Probst an St. Marien in Danzig und Pfarrer Paul Magino, früher Bundespräses des BDKJ und heute Pfarrer in Wendlingen am Neckar. In der dritten Runde ging es um das Überwinden der Grenzen durch die junge Generation: Stephan Erb, seit zwei Jahren pädagogischer Mitarbeiter der Begegnungsstätte Kreisau in Schlesien und Claudia Gawrich, Geschäftsführerin der Aktion West-Ost, haben nicht nur beruflich mit dem Jugendaustausch zu tun. In der letzten Runde ging es um Einschätzungen „ganz normaler Menschen“: Monika Wienhold-Quecke und Adelheid Schönhofer-Iyassu als Mütter und Lehrerinnen.

Norbert Czerwinski

Der Referent war bis Ende 1995 Flüchtlingsminister im Kabinett von Präsident Tudjman, konnte also als Kroate aus erster Hand über die Situation im ehemaligen Jugoslawien berichten.

Am Beginn seiner Ausführungen klärte Prof. Rebić den geografischen Begriff „Balkan“. Hierzu gehören Griechenland, Bulgarien, Albanien und der größte Teil des ehemaligen Jugoslawiens, während die nordwestlichen Teile Kroatien und Slowenien sich geschichtlich nicht dem Balkan zugehörig fühlen, sondern der westromischen Kirchenkultur und damit zu Mitteleuropa. Bis zum 1. Weltkrieg waren sie Bestandteil von Österreich-Ungarn.

Der Konflikt auf dem Balkan begann mit der serbischen Aggression gegen Slowenien, Kroatien und Bosnien. Die Wurzeln dieses Konfliktes liegen seit Mitte des 19. Jahrhunderts in der ideologischen Untermau-

rung einer „großserbischen Idee“ durch verschiedene serbische Schriftsteller. Der letzte maßgebliche Baumeister in dieser Reihe, der Schriftsteller Dobrica Cosić, wurde 1968 aus dem Zentralkomitee der KP ausgeschlossen, weil er sich weigerte, die von Tito befahlene Anerkennung der Muslime als eigene Nationalität zu akzeptieren. Er hatte jedoch großen Einfluß auf das serbische Nationalgefühl und war bis zu seiner Entmachtung ein enger Freund von Slobodan Milosević.

Der großserbische Anspruch mit Aggressionsplänen gegen die Nachbarvölker wurde nach dem Tod Titos in Belgrad sorgfältig vorbereitet. Ein anonym erstelltes „Memorandum“ der Serbischen Akademie der Wissenschaften faßte 1986 die entsprechenden Pläne zusammen. Die Identifikation mit diesem Memorandum bildete die Basis für den kometenhaften Aufstieg von

Der Konflikt auf dem Balkan – Bilanz europäischen Versagens

Referent: Professor
Dr. Adalbert Rebić, Zagreb



Milosević: Chef der kommunistischen Partei, Präsident der Serbisch-Sozialistischen Partei, Präsident Serbiens.

Die Generalprobe für die serbischen Aggressionsabsichten erfolgte nach Auffassung des Referenten im Oktober 1988 mit einem Aufstand fanatisierter Anhänger des Präsidenten Milosević im Kosovo gegen die albanische Parteiführung. Die neue Parteiführung von Milosevićs Leuten schüchterte die mehrheitlich albanische Bevölkerung ein. Im März 1989 wurde in Belgrad eine neue Verfassung angenommen, mit der faktisch die Autonomie des seit dem 17. Jahrhundert zu 75 % von Albanern muslimischen Glaubens besiedelten Kosovo ebenso aufgehoben wie diejenige der Teilrepublik Montenegro und der Provinz Voyvodina mit starker ungarischer und kroatischer Minderheit. Protestkundgebungen der al-

Grußworte

Zwei Grußworte, die eigentlich schon in der FESTSCHRIFT ZUM 50. GEMENTREFFEN erscheinen sollten, erreichten uns erst in Gemen. Sie seien hier als „Nachtrag“, veröffentlicht, zumal beide von Repräsentanten Danzigs stammen, die sich der Stadt heute innerhalb und außerhalb von ihr verbunden fühlen.

MAYOR OF THE CITY OF GDAŃSK

Gdańsk, 2. 7. 1996

Sehr geehrter Herr Nitschke,

ich möchte mich sehr herzlich bedanken für die Erinnerung und die Einladung zum Gementreffen, dem 50. Jubiläumstreffen des Adalbertus-Werkes e.V. Obwohl meine Teilnahme an den diesjährigen Feierlichkeiten durch die Pflichten, die mit der Ausübung des Amtes des Präsidenten der Stadt auf mir lasten, leider unmöglich wird, möchte ich meine persönliche Sympathie Ihnen gegenüber und die Unterstützung der Idee der Treffen von Danziger, versammelt um das Adalbertus-Werk e.V. – Bildungswerk der Danziger Katholiken – ausdrücklich beteuern.

Mit Vergnügen erinnere ich mich an unsere kurzen, doch sehr herzlichen Gespräche während Ihres Besuchs in Gdańsk, der voriges Jahr stattfand. Ich habe auch den sehr freundlichen Empfang, den Sie mir vor drei Jahren bereitet haben, in Erinnerung behalten. Ihre Tätigkeit wird von mir sehr hoch geschätzt, insbesondere denke ich da an Ihre Versöhnungsbestrebungen und an die Bemühungen um gute Beziehungen zwischen den alten Danziger und den jetzigen Mitbürgern unserer Stadt. Ich empfinde große Hochachtung gegenüber Ihrer Treue zu Gdańsk, seiner hundertjährigen Tradition und Geschichte, während der die hier existierende Vielvölker-Gesellschaft nach der Vervielfachung des materiellen und geistigen Reichtums der Stadt und seiner Bürger strebte.

Zu Ihrem 50. Jubiläumstreffen wünsche ich Ihnen eine erfolgreiche Tagung und alles Gute im Privatleben.

Ich verbleibe mit herzlichen Grüßen

Tomasz Posadzki
Präsident der Stadt Gdańsk

BUND DER DANZIGER e.V.

Lübeck, 1. 7. 1996

Sehr geehrter Herr Nitschke,

zu dem 50. Gementreffen übermittelt Ihnen der Bund der Danziger e.V. die besten Grüße. Die in regelmäßiger Folge stattfindenden Treffen haben stets die Bemühungen um Ausgleich und Versöhnung als vornehmliches Ziel gehabt. In dieser Tradition steht auch die diesjährige Begegnung unter dem Leitwort

ZUKUNFT EUROPA –
EIN DIALOGISCHER PROZESS

Der Bund der Danziger e.V. begrüßt Ihre Initiativen im Geist der Völkerverständigung und wünscht Ihrem Treffen einen harmonischen und erfolgreichen Verlauf.

Helmut Roick
Bundesvorsitzender

banischen Bevölkerung wurden brutal unterdrückt.

Der Startschuß für die serbische Aggression erfolgte am 28. Juni 1989 beim 600-Jahres-Gedenken an die Schlacht auf dem Amselinfeld im Kosovo, die Niederlage des großserbischen Reiches gegen die Türken. Milošević hielt vor über einer Million Serben eine nationalistische Rede, in der er die Vergangenheit heraufbeschwor, nach der das Kosovo urserbischer Boden sei. Er nannte das Ziel, Großserbien überall dort zu schaffen, wo „serbische Gräber liegen“. Nach albanischen Unruhen im Juni 1990 wurde im Kosovo ein serbischer Zwangskommissar eingesetzt. Als daraufhin die albanischen Abgeordneten des Parlamentes ein eigenes, autonomes Kosovo ausriefen, wurden sie vertrieben. Viele albanische Einrichtungen wurden geschlossen.

Zu diesen Vorgängen schwieg Europa ebenso wie die Weltöffentlichkeit, sie wurden als innerjugoslawische Angelegenheit angesehen. Nur die Außenminister Deutschlands und Österreichs, Genscher und Mock, wiesen auf das Unrecht hin. Sie wurden einseitiger Sicht bezüglich.

Diese Zurückhaltung des Auslands ermunterte dann Milošević zu einer offenen Aggression gegen Kroatien und Bosnien-Herzegowina. Nun waren die Vereinten Nationen alarmiert. Das Eingreifen der UN beschränkte sich jedoch auf eine neutrale Beobachter-Rolle. Der UN-Beauftragte Yasushi Akashi operierte völlig hilflos. Ziel des Eingreifens der UN sollte nach Auffassung Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und der USA die Erhaltung des Kunststaates Jugoslawien sein. Die proserbische Haltung dieser Staaten beruhte nach Auffassung des Referenten auch auf der Verdächtigung Deutschlands und Österreichs, aus geschichtlichen Gründen prokroatisch zu sein.

Die erste konkrete Reaktion der UN, das am 25. 1. 1991 gegen Jugoslawien verhängte Waffenembargo zur Beendigung des „Bürgerkrieges“, kam nur Serbien zugute, da es allein über ein gut gerüstetes Heer verfügte. Kroatien konnte daher dem serbischen Einmarsch kaum Widerstand leisten.

In dieser Situation erfolgte am 23. 12. 1991 die Anerkennung Kroatiens und Sloweniens durch Deutschland, Österreich und den Vatikan, als große Teile Kroatiens bereits von Serbien besetzt waren. Die EG folgte zögernd mit der Anerkennung am 15. 1. 1992. Lange Zeit sah die EG die „schnelle“ Anerkennung durch Deutschland als Grund der fortdauernden Kriegshandlungen an, wodurch eine „Jugoslawische Lösung“ verhindert worden wäre.

Auch Bosnien-Herzegowina strebte nun mit einer Volksabstimmung am 28. 2. 1992 seine völkerrechtliche Selbständigkeit an. 92 % des moslemischen und kroatisch-katholischen Bevölkerungssteils stimmten für die Selbständigkeit, der mit 32 % zweitstärkste serbische Bevölkerungsteil boykottierte die Wahl. Nach Bekanntwerden des

Wahlergebnisses riefen die bosnischen Serben eine eigene „Republika Srpska“ aus. Sie stellten mit Hilfe der serbischen „Bundesarmee“ eigene Streitkräfte auf und eroberten nach und nach Zweidrittel Bosniens. Erst dieser grausame Krieg ohne Rücksicht auf die mit Belgrad vereinbarten UN-Schutzzonen, mit der Belagerung Sarajevos und den gewaltsamen ethnischen Säuberungen, enthüllte endlich der Weltöffentlichkeit das wahre Gesicht dieser Kämpfe. Nachdem eine kroatisch-moslemische Koalition nach einem tragischen Konflikt gegeneinander wieder in der Not zueinander fand und Teile Bosniens zurückeroberete, zeigte sich Belgrad endlich über den Kopf des bosnisch-serbischen „Parlaments“ hinweg verhandlungsbereit. Doch immer noch konnte die EG sich auf keinen klaren Forderungskatalog einigen. Erst das energische Eingreifen der USA brachte das Verhandlungsergebnis von Dayton.

Im zweiten Teil seines Referates berichtete Professor Rebić über die Situation der Flüchtlinge und Vertriebenen. In Kroatien leben zur Zeit 194.000 Vertriebene und 190.000 Flüchtlinge. Von diesen 384.000 Heimatlosen sind 72.000 in Hotels, Erholungsheimen und Kasernen untergebracht, 312.000 in Familien von Verwandten, Freunden oder spontan Hilfsbereiten. Durch die anhaltende ethnische Säuberung in Bosnien kommen immer noch Tausende hinzu.

Seit der Rückeroberung der von den Serben besetzten Gebiete Kroatiens 1995 könnten 130.000 Vertriebene in ihre Heimatorte zurückkehren. Da ihre Häuser jedoch von den Serben größtenteils völlig zerstört worden sind, geht die Rückführung nur parallel zum Wiederaufbau voran. Bei der Rückeroberung wurden viele tausend dort ansässigen Serben von der eigenen zurückflutenden Armee evakuiert und in serbischen Teilen Bosniens angesiedelt. Nur etwa 9.500 Serben, meist Alte und Kranke, blieben daheim. Die kroatische Regierung erlaubt den evakuierten Serben die Rückkehr in ihre im befreiten Kroatien liegende Heimat, soweit sie sich ausweisen können und sich nichts zuschulden kommen ließen. 4.000 Serben sind daraufhin bisher zurückgekommen.

Die Grundversorgung der Vertriebenen und Flüchtlinge in Kroatien ist gesichert. Der kroatische Staat hat seit Kriegsbeginn über zwei Milliarden DM dafür aufgewandt, dazu kommen die Zuschüsse und versorgungs-technischen Hilfsleistungen aus der EU. Die Rückführung der Flüchtlinge ist schwierig, die Infrastruktur ihrer Heimatgebiete ist zerstört, und eine Rückkehr in serbisch kontrollierte Gebiete stößt auf psychologische Grenzen. Die Versöhnung der Volksgruppen ist nach den Geschehnissen ein kaum kalkulierbares seelisches Problem für lange Zeit.

In der anschließenden Diskussion wurden noch manche Fragen aufgeworfen. Hier seien die wichtigsten zusammengefaßt:

Frage: Wie beurteilt der Referent die un-

versöhnliche Haltung der Kroaten in Mostar? Woher kommen die kroatisch-muslimischen Gegensätze?

Antwort: Mostar ist Herzegowina, nicht Kroatien. Während im Lande der Herzegowina zu 80 % Kroaten wohnen, besteht die Bevölkerung der Stadt Mostar zu je einem Dritt aus Kroaten, Muslimen und Serben. Nachdem zunächst die Serben Mostar erobert hatten, wurde die Stadt im Juni 1992 von kroatisch-muslimischen Truppen befreit. Die serbischen Einwohner flüchteten, die geflüchteten Kroaten und Muslime kehrten zurück. Dabei gab es Beschuldigungen und Konflikte unter diesen beiden Opfern, zumal die Muslime zwischen Katholiken und Orthodoxen oft keinen Unterschied machten. Die Kroaten sahen ihrerseits Mostar als „ihre“ Stadt. Prof. Rebić sei selbst mehrfach in Mostar gewesen, um die Kroaten zu besänftigen. Nach Auffassung von Pater Zils, einem profunden Kenner Kroatiens, lag ein Konflikt zwischen Kroaten und Moslems schon lange in der Luft. Die Gegensätze brachen auf, nachdem die bosnischen Serben 70 % des bosnischen Territoriums erobert und mit ethnischen Säuberungen begonnen hatten und Kroaten und Moslems auf 30 % zusammen gedrängt waren. Prof. Rebić wies dazu auf die enormen Verdrängungsprozesse der Muslime hin: In der Diözese Banja Luka gab es früher 180.000 Katholiken, heute sind es 6.000. In der Diözese Pale schrumpfte der katholische Bestandteil von 580.000 auf 180.000 Einwohner.

Frage: Wie waren die grausamen Verstümmelungen und Vergewaltigungen an Gefangenen und Zivilisten möglich geworden?

Antwort: Bosnien und Serbien waren 400 Jahre unter türkischer Herrschaft und damit von der europäischen Entwicklung zum Humanismus ausgeschlossen. Dazu gab es in der örtlichen Presse extreme Hetzkampagnen gegen die einzelnen Volksgruppen. Die Täter waren oft keine regulären Soldaten, sondern marodierende Gruppen oder entlassene Sträflinge in betrunkenem Zustand.

Frage: Die Glut ist noch nicht ausgetreten. Wie beurteilt der Referent die nahe Zukunft?

Antwort: Wenn es gelingt, im September in Bosnien freie Wahlen in friedlicher Atmosphäre durchzuführen, wird eine Demokratie mit Minderheitenregeln möglich sein, wenn nicht, werden die alten Wunden aufbrechen. Für Kroatien prognostizierte der Referent stabile Verhältnisse trotz der starken Minderheiten im Staate und erwartet wieder internationale Touristen.

Abschließend traf Gerhard Nitschke die Feststellung, daß der Vertrag von Dayton immerhin Ruhe und Hoffnung gebracht habe. Diese Hoffnung spreche auch aus den beeindruckenden Gedichten über Kroatien von Pater Zils, die dieser kürzlich in Düsseldorf in einer Buch-Veröffentlichung vorstellen konnte.

Eberhard Lilenthal

Schlüsselposition für die Überwindung der Trennung Europas

Dr. Marek Prawda, Soziologe und Gesandter der Republik Polen an der Botschaft in der Bundesrepublik Deutschland, machte in seinem Referat im Arbeitskreis Polen deutlich, in welchem Maße Europa eine Perspektive für Polen ist.

„Europa“ – ein Zauberwort in Polen? Marek Prawda beschrieb die Situation so:

„Das Schlagwort von der Rückkehr Polens nach Europa macht die Runde seit 1989 und sorgt für nationale Debatten, politische Auseinandersetzungen und zugleich für viele Mißverständnisse. Es wurde zum unverzichtbaren Element der Parteidokumente sowie aller höhnischer Tiraden von Kritikern des eingeschlagenen Reformweges. Es mischen sich darin Hoffnung und Enttäuschung, Perspektive und Illusionen, Selbstwertgefühl und Kränkung. Der Begriff ‚Europa‘ wird als absoluter Maßstab, aber manchmal auch als üble Nachrede benutzt. Europa kann alles heißen.“

Neben diesen gesellschaftlichen Phänomenen, die mit der „Perspektive Europa“ verbunden sind, waren auch die grundsätzlichen Ziele der eingeschlagenen Reformpolitik nach der Wende auf diese Perspektive hin orientiert: Aufbau des demokratischen Staates. Einführung der freien Marktwirtschaft sowie der Standards der westlichen Zivilisation. Bei der Annäherung an die europäischen und transatlantischen Strukturen ist eine Kontinuität aller polnischen Regierungen seit 1989 festzustellen.

Bei dieser Politik konnten und können sich die Verantwortlichen auf einen breiten gesellschaftlichen Konsens stützen. In kaum einer politischen Frage sind sich unsere politischen Nachbarn so einig wie in der des Beitritts zur Europäischen Union. 75 % der Polen sprechen sich für den Beitritt aus. Übertragen wird dieses Ergebnis noch von der Zustimmung zur Einbindung in die NATO, die von rund 80 % befürwortet wird.

Marek Prawda benannte drei Dilemmata, die das Schicksal Polens in der Vergangenheit mit unterschiedlicher Intensität beeinflußt haben:

1. Das Pendeln zwischen Objekt- und Subjektsein in der Politik,
2. das Verhängnis der Mittellage: mit Rußland gegen Deutschland oder mit Deutschland gegen Rußland,
3. Auflehnung oder Anpassung.

Die Teilung Europas nach dem Zweiten Weltkrieg bedeutete für Polen eine Neuauflage dieser Dilemmata. Während Deutschland seine „Stunde Null“ als historische Chance zur Neugestaltung spätestens 1949 hatte, eröffnete sich den Polen eine solche Chance erst vierzig Jahres später mit der politischen Wende des Jahres 1989. Die Überwindung der historischen Dilemmata

ist nach Auffassung Prawdas nur mit Hilfe des europäischen Integrationsprozesses möglich.

Eine Lösung des Problems „**Objekt- oder Subjektsein**“ ist eng verbunden mit dem Aufbau von Sicherheitsstrukturen. Weder Sicherheitsgarantien von Rußland und dem Westen noch ein subregionales Sicherheitssystem, das Polen und seine direkten östlichen und südöstlichen Nachbarn einschließen würde, lösen dieses Dilemma auf. Polen bzw. die ostmitteleuropäischen Staaten blieben ein Objekt der europäischen Verhältnisse. Die Teilung Europas hätte faktisch weiter Bestand. Eine radikale Reform

nem „vagabundierenden Zwischeneuropa“ hinter sich zu lassen. Prawda betonte, daß Polen „keinen besonderen Platz in Europa, sondern einen bestimmten“ einnehmen wolle.

Auf einer eher gesellschaftspolitischen Ebene stellt sich das Problem von „**Auflehnung oder Anpassung**“ dar. Für viele Polen stellte sich bis zur Wende die Frage, ob sie gegen das ungeliebte System opponieren sollten oder ob es besser sei, sich aus pragmatischen Gründen anzupassen. Die Entfaltung gesellschaftlicher Kreativität sei so entscheidend behindert worden. Als Beispiel nannte Prawda eine „Warteraum-Mentalität“, die durch einen Mangel an persönlicher Lebensperspektive gekennzeichnet war und in den Jahren zwischen 1981 und 1989 etwa eine Million polnischer Bürger veranlaßte, ihr Land zu verlassen. Das objektive Versa-

ARBEITSKREISE Perspektive Europa – Einschätzungen in den Ländern

der OSZE in Richtung eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems hält Prawda zwar für wünschenswert. Realistisch sei diese Reform aber nur auf der Grundlage einer Evolution der bestehenden Strukturen. Daher bemüht sich Polen einerseits um die Entwicklung der bilateralen Beziehungen mit seinen Nachbarn, will durch die Entwicklung von neuen Kooperationsformen zur gesamteuropäischen Zusammenarbeit beitragen und andererseits die Zusammenarbeit mit den westlichen Organisationen EU, WEU und NATO intensivieren und so nach einer vollen Mitgliedschaft streben.

Die „**Mittellage Polens**“ bezeichnete Prawda ironisch als „geopolitische Nieder-



Stephan Erb, Dr. Marek Prawda (rechts).

lager“. Polen wolle sich von der historischen fatalen Frage: „Mit Deutschland gegen Rußland oder mit Rußland gegen Deutschland?“ befreien. Dies sei nur dann möglich, wenn das machtpolitische Vakuum zwischen Rußland und der EU beseitigt würde. Dieses Vakuum produziere ansonsten auf Dauer Rivalitäten, die sich zwangsläufig auf die „Zone der Unsicherheit“ auswirken müßten. Europa bietet für Polen Chancen, als souveräner Staat auf der politischen Bühne aktiv zu werden und so die Position in ei-

gen des kommunistischen Systems bot außerdem die Möglichkeit, persönliche Schwächen und Niederlagen mit einem Alibi zu verdrängen und einer kritischen Selbstdreflektion aus dem Weg zu gehen. „Nach dem Umbruch 1989 leben wir in einer Welt, die prinzipiell unvollendet ist. Also gestaltbar. Und die europäischen Regeln und Werte verkörpern für uns diese Gestaltbarkeit. Europa bedeutet also auch einen Orientierungsrahmen, in dem das vorhin erwähnte Dilemma Auflehnung oder Anpassung gegenstandslos wird. Es ist nicht überwunden, sondern man bekommt etwas dafür: eine Vision und eine Sinnressource.“

Das geplante Szenarium des Beitritts:

Im nächsten Jahr beginnen die Verhandlungen über den Beitritt in die Europäische Union. Die Reformpolitik Polens ist auf die europäische Integration hin orientiert. Rechtsvorschriften müssen denen der EU angepaßt werden. Die Anforderungskriterien des Maastrichter Vertrages werden in einigen Punkten (Höhe des Haushaltssdefizites und der öffentlichen Verschuldung) schon jetzt erreicht. 1995 wurden $\frac{2}{3}$ des Bruttoinlandsproduktes im privaten Sektor erwirtschaftet. Polen strebt nach einer schnellen Mitgliedschaft in der EU mit der Möglichkeit, lange Anpassungsfristen auf sich zu nehmen. Dieselbe Strategie wurde auch beim Beitritt Griechenlands, Spaniens und Portugals eingeschlagen. Die Mitgliedschaft würde die notwendigen Anpassungsprozesse erleichtern.

Polen erwartet viel von der Einbindung in die europäischen und atlantischen Strukturen. Selbstironisch sagte Prawda: „Wir sind für die NATO, weil wir wissen, was die NATO ist und sind für die EU, weil wir nicht wissen, was die EU ist.“ Damit wies er auf die Problematik des Wissensstandes in Polen hin. Je größer der Kenntnisstand werde, desto weniger treffe man auf allgemein geäußerte Unterstützung und gesellschaftlichen Optimismus. Andererseits steige die authentische Unterstützung der Gruppen,

die ihre zunehmende Informiertheit nutzen. Bestehende Hindernisse für eine Osterweiterung der EU seien die unmäßigen Subventionen der EU-Agrarpolitik (die Subventionen in Polen sind fünfmal niedriger), der Protektionismus und eine übermäßige Staatsverschuldung, die die Zinsen auf den internationalen Kapitalmärkten in die Höhe treibt. Die Mitgliedschaft in der EU und der NATO entscheide aber über die innere und internationale Stabilität Polens.

Den Slogan „*Polens Weg nach Europa führt über Deutschland*“ hält Prawda für unglücklich. Die Rolle anderer Faktoren dürfe nicht unterschätzt werden. Wichtig sei der Respekt vor den realen Lagen und die Bemühungen um gute Beziehungen zu den anderen europäischen Staaten, vor allem auch zu den östlichen Nachbarn Polens. Umgekehrt könne man auch sagen, Europa sei der Weg zur deutsch-polnischen Normalität. Polen nehme eine Schlüsselposition für die Überwindung der europäischen Trennung ein. Die Integration Polens eröffnet einen großen Markt und erweitert die Stabilitätszone in Europa.

Die wichtige Rolle Deutschlands beim Integrationsprozeß bekräftigte Marek Prawda in seinem Fazit: „*Die heutige Konjunktur kann nicht ewig dauern. Wir müssen Tatsachen schaffen. Deutsche und Franzosen haben damals eine Flucht nach vorne gewählt. Ich hätte nichts dagegen, daß wir ähnliches im polnisch-deutschen Verhältnis tun und daß Deutschland in der Verbesserung der Beziehungen zu Polen ein wahrnehmbares Kriterium der gelingenden Einigungsprozesse sieht. Mehr Wünsche habe ich im Moment nicht.*“

Stephan Erb



Andrea Gawrich, Botschafter Justas Paleckis.

Option für eine Vollmitgliedschaft im Jahre 2003. Die angestrebte EU-Mitgliedschaft und somit die Anbindung an Westeuropa werden von nahezu allen politischen Strömungen im Lande gewünscht. So wie sich Estland außenpolitisch besonders in Richtung Finnland orientiert hat, und Lettland ein größeres Interesse an Schweden zeigt, so wendet sich Litauen vor allem der Bundesrepublik zu. Von dieser außenpolitischen Ausrichtung auf einen der stärksten Staaten der EU verspricht sich das Land Vorteile für eine europäische Integration.

Ganz deutlich wurde in Paleckis Ausführungen die große Bedeutung der angestrebten litauischen NATO-Mitgliedschaft. Diese beruht auf der jüngeren Leidengeschichte des Landes: Die Angst vor Rußland und das daraus resultierende Sicherheitsbedürfnis prägt den Wunsch, diesem nordatlantischen Verteidigungsbündnis anzugehören.

Abgesehen von diesen Integrationsabsichten in Richtung Westen will Litauen politisch jedoch nicht nur in diese Himmelsrichtung blicken, sondern auch versuchen, seiner geographischen Lage gerecht zu werden. So hat es auch mit Lettland, Estland, Weißrussland, Rußland und Polen nachbarschaftliche Verträge abgeschlossen. Vor allem das schwierige polnisch-litauische Verhältnis soll mit einer Vielzahl bilateraler Vereinbarungen – u. a. über gute nachbarschaftliche Beziehungen – stabilisiert werden. Die Lage der polnischen Minderheit in Litauen und die der litauischen in Polen, sowie besonders bisweilen noch auftauchende polnische Stimmen, die die litauische Zugehörigkeit des Wilnaer Gebietes in Frage stellen, hatten alte Ressentiments immer wieder aufleben lassen. Dennoch hob Paleckis hervor, daß Litauen ein Land ohne aktuelle territoriale Ansprüche und Grenzstreitigkeiten sei. Dies sei eine gute Ausgangsbedingung für eine europäische Integration.

Die Kontakte zu Ländern des ehemaligen Ostblocks zeigen jedoch auch, daß Litauen sich einer möglichen Transmitterfunktion zwischen Ost und West bewußt ist. Schon jetzt ist dieses Land ein florierender Warenaumschlagplatz zwischen dem direkt an Westeuropa angebundenen Polen und dem expandierenden Markt Rußlands.

Dennoch haben die Jahrzehnte der aufgezwungenen Diktatur und der Planwirtschaft

erst langsam abzubauen Folgen gehabt. Der Bruch mit der Sowjetunion hat auch festgelegte Wirtschaftswege zerstört und den Aufbau einer Marktwirtschaft erschwert. So kämpft das Land heute mit entsprechenden Problemen, wie hohe Arbeitslosigkeit, zunehmende Altersarmut oder hohe Wirtschaftskriminalität.

Die politische Situation Litauens ist dagegen von relativer Stabilität geprägt, obwohl Litauen vor über drei Jahren das erste Land war, in dem wieder eine postkommunistische Regierung an die Macht gekommen ist. Dennoch zeichnet sich in zentralen Fragen der Außenpolitik und der Verteidigungspolitik ein weitgehender Konsens aller Parteien ab.

In einem Prozeß der Wiederfindung stehen viele Bereiche der litauischen Kultur. Zwar hat Litauen heute nicht mit übermäßigen Russifizierungsversuchen zu kämpfen wie seine beiden baltischen Nachbarn, dennoch hat die litauische kulturelle Identität in den letzten Jahrzehnten stark gelitten.

Obwohl deutlich wurde, daß auch Litauen mit starken Transformationsproblemen behaftet ist, blieb in dem Arbeitskreis der Eindruck, daß dieses Land im Reigen der aus der Sowjetunion hervorgegangenen Länder gute Chancen für eine europäische Integration mitbringt. **Andrea Gawrich**

Ukraine

Aufbruch nach 300 Jahren

Aus der Ukraine berichtet **Kira Schachowa, Professorin für Weltliteratur und Weltkultur an der Universität Kiew**.

Die mehr als 300jährige Geschichte des Landes als Provinz innerhalb des russischen Reiches hat tiefgreifende Spuren hinterlassen, die auch nach der Unabhängigkeit der Ukraine weiterwirken. Transportwege, Gasleitungen, u. ä. sind weiterhin mit Rußland verflochten. Viele Entwicklungen in Rußland bilden sich kurze Zeit später in der Ukraine ab. Preise und Mieten steigen in viel höherem Maß als Löhne und Renten und vor allem ältere Leute trauern daher dem Kommunismus nach. Dieses bedeutet keine Unterstützung des Marxismus, sondern ergibt sich aus der wirtschaftlichen



Monika Wienhold-Quecke, Prof. Dr. Kira Schachowa (rechts).

Litauen

Gute Chancen für eine europäische Integration

Mit dem für uns bekanntesten der drei baltischen Staaten beschäftigte sich der Arbeitskreis Litauen. Als Referent war hierzu der **Sonderbotschafter Justas Paleckis aus Wilna** eingeladen worden. Daß mit ihm eine gute Wahl getroffen wurde, zeigt sich schon daran, daß er zwischenzeitlich zum Botschafter Litauens in Großbritannien ernannt worden ist.

Litauen ist als eines der kleinsten Länder aus der zerfallenden Sowjetunion hervorgegangen. Es wird jedoch – gerade in europapolitischen Fragen – häufig nur zusammen mit Lettland und Estland als baltischer Raum wahrgenommen. Nur sieben Jahre nach dem Zerfall des Ostblocks stehen heute viele gesellschaftliche und politische Prozesse in diesem Land noch aus, es hat seinen Platz in Europa noch nicht gefunden.

Paleckis erläuterte in seinem Einstiegsreferat vor allem die aktuelle außenpolitische Situation seines Landes: So ist Litauen seit Mai 1996 assoziiertes EU-Mitglied mit der

Lage vieler Menschen. Präsident und Ministerpräsident der Ukraine sehen sich mittlerweile einer kommunistischen Mehrheit im Parlament gegenüber, was die Lage zusätzlich kompliziert. Das letzte Wahlergebnis ergibt sich aus dem Desinteresse der jüngeren Wähler und der hohen Wahlbeteiligung der Älteren, die vorzugsweise die Kommunisten gewählt haben.

Vielen Menschen im Westen ist die Ukraine als souveräner Staat noch kein Begriff. So gehört das Land zu den größeren Staaten in Europa und umfaßt sogar verschiedene Klimazonen. Das Land hat 52 Millionen Einwohner und ist für viele Europäer dennoch eine „terra incognita“. Dabei ist Kiew die Hauptstadt des alten Rus. In neuen Veröffentlichungen wird die Geschichte der früheren unabhängigen Ukraine als Kosakenrepublik gezeichnet. In dieser Zeit bestand ein reger kultureller Austausch mit Europa, vor allem mit Italien und Frankreich. Unter russischer Vorherrschaft gingen diese Beziehungen zurück und es begann eine Russifizierung. So sprach der Adel keine Muttersprache mehr, sondern nur noch russisch und französisch. Ukrainisch galt von daher als Bauernsprache. Unter Zar Alexander II. waren beispielsweise Bücher in Ukrainisch verboten. Bei der letzten Volkszählung bezeichneten sich 30 Millionen Ukrainer als russischsprechend. Mittlerweile ist Ukrainisch zur offiziellen Staatssprache erklärt worden. So kann es passieren, daß im Fernsehinterview die Frage auf Ukrainisch gestellt wird und die Antwort auf Russisch gegeben wird.

Seit einigen Monaten ist die Ukraine als assoziiertes Mitglied in die europäische Union aufgenommen. Im Rahmen der UNO-Friedenstruppen haben ukrainische Soldaten ihren Dienst im ehemaligen Jugoslawien getan. In vielen Ländern der Erde gibt es inzwischen ukrainische Botschaften und Konsulate, deren Wirkung mangels fehlender finanzieller Ressourcen allerdings begrenzt ist. Nach eingehender Prüfung hat die Weltbank die Ukraine als zuverlässig eingestuft; die internationalen Kredite sind sehr wichtig für die Wirtschaft.

Spürbar sind die Auswirkungen der Atomkatastrophe von Tschernobyl auf die Gesundheit vieler Ukrainer. Während in Deutschland nach dem Unglück vom Verzehr von Obst und Gemüse gewarnt wurde, gab es keine Warnung der ukrainischen Bevölkerung. Ein positives Beispiel ist die heutige Aufnahme von Ferienkindern aus der Region Tschernobyl durch die Stadt Duderstadt und verschiedene Familien, organisiert durch den Malteser-Hilfsdienst.

In der nachfolgenden Diskussion werden verschiedene Aspekte angesprochen:

Hinsichtlich der konfessionellen Situation führt Prof. Schachowa aus, daß alle Konfessionen gleichberechtigt sind. Ein Problem stellen die Sekten dar, die z. B. über ausreichende Finanzmittel verfügen, um sich Sendezzeit im Fernsehen zu kaufen. In den östlichen Landesteilen überwiegt die Orthodoxie, in den westlichen Teilen sind die römisch-katholische und die griechisch-katho-

lische Kirche dominierend. Die Kirchen der Orthodoxie teilen sich auf in die ukrainische-orthodoxe Kirche des Moskauer Patriarchats, die autokephale Kirche und die Kirche des Patriarchats von Kiew.

Zur Situation der deutschen Minderheit sieht Prof. Schachowa Parallelen zur Geschichte der Krimtataren. Die finanzielle Unterstützung der deutschen Bundesregierung z. B. beim Bau von Häusern für zurückkehrende Deutsche habe nicht immer zu den gewünschten Ergebnissen geführt. Angehörige vieler Minderheiten hätten wenig Geduld hinsichtlich einer Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse in der Ukraine und kehrten in ihre Ursprungsländer zurück.

Es gebe keinen Unterschied in der Westorientierung der jungen Bevölkerung in der westlichen und der östlichen Ukraine. In den Industriegebieten dagegen sei eine Orientierung zu den GUS-Staaten zu beobachten. Es gebe eine Abhängigkeit von russischem Erdöl und -gas, auch mache die Energiesituation den Einsatz der bisherigen Kernkraftwerke noch notwendig. Es müsse bedacht werden, daß in der Ukraine 12 Millionen Russen lebten, wovon viele auch für die Unabhängigkeit der Ukraine gestimmt hätten.

In der Frage des polnisch-ukrainischen Verhältnisses wird auf die enge Verbindung der beiden Völker, auch im Hinblick auf ähnliche Sprachen, verwiesen. Das Problem mafioser Strukturen sei übernational und erfordere eine Zusammenarbeit über Ländergrenzen hinweg. Hier gebe es bereits eine gute Kooperation mit der Polizei der westlichen Staaten Europas.

Wichtig für das Selbstbewußtsein der Ukrainer sei die Geschichte, insbesondere die Geschichte der Rus mit der Hauptstadt Kiew. Diese Zeit lebe noch weiter in den Liedern und Mythen bis heute.

Hinsichtlich der Zugehörigkeit der Krim zur Ukraine wird auf die Notwendigkeit unverletzlicher Grenzen verwiesen, aber auch auf die Stationierung der russischen Schwarzmeerflotte. Die Krim habe bestimmte Sonderrechte wie ein eigenes Parlament; noch nicht gelöst seien allerdings die Probleme der nationalen Minderheiten in diesem Gebiet.

Monika Wienhold-Quecke

schen Staaten in Bereichen wie etwa der Mobilität, Kommunikation und Zusammenarbeit in den letzten sechs Jahren bereits große Entwicklungen gegeben hat. Aber gerade die Annäherung auf politischer Ebene ist noch vielfältig ungeklärt.

Klärungsbedarf gibt es für beide Seiten: es steht die Frage im Raum, ob die Europäische Union wirklich eine Anbindung der Länder Mittel- und Osteuropas wünscht und verkraften kann. In vielen Staaten Mittel- und Osteuropas sind Politiker und Bevölkerung überwiegend pro-europäisch eingestellt, aber sie sollten auch realistisch feststellen, inwieweit ihr Land jeweils auf Europa vorbereitet ist.

Wirtschaftliche Entwicklungen spielen für die Tschechen im Kontext europäischer Po-



Claudia Gawrich, Prof. Jan Sokol.

litik eine eher untergeordnete Rolle. So konnten beispielsweise viele Tschechen nur schwer verstehen, warum plötzlich der Rinderseuche BSE eine so tragende Rolle in der europäischen Politik zugewiesen wurde.

Aus tschechischer Sicht haben hier Fragen der Sicherheitspolitik Priorität. Denn das größte Risiko für Europa wäre eine innere Schwächung. Nur eine Sicherheitspolitik, die die EU stärkt, garantiert auf lange Sicht die Handlungsfähigkeit der Union.

Es gilt jedoch, den Blick auch über Europa hinaus zu weiten. Das West-Ost-Gefälle scheint im globalen Vergleich nicht mehr so krass zu sein. Denn trotz der natürlich immer noch sehr unterschiedlichen wirtschaftlichen Niveaus in Ost und West hat sich in Europa bereits vieles erfüllt. Die meisten Länder bieten zumindest politische Sicherheit und viele darüber hinaus Güter für einen gesicherten Lebensstandard. Doch dies gilt nur für einen sehr kleinen Teil der Weltbevölkerung. Um auch weltweit eine politische Stabilität zu entwickeln und zu erhalten, braucht Europa als Ganzes ein neues Ziel.

Aktuell muß jedoch von einer Ziellosigkeit der westlichen Zivilisationen gesprochen werden, die die Entwicklung von echten Visionen nicht zuläßt. Vor allem Jugendliche sind enttäuscht von der geistigen Unentschlossenheit und Leere, dem Mangel an Plänen, Aussichten und Hoffnungen. Sie werden so nicht in die Lage versetzt, ihre persönliche und die Zukunft ihres Landes

Tschechien

Vorurteile konkret beschreiben und abbauen

„Europa bedeutet, daß ich vor 48 Stunden in Prag einen Anruf mit der Bitte um diesen Vortrag erhielt und heute hier bei Ihnen in Gemen bin“ – so begann **Prof. Jan Sokol** sein Statement über den aktuellen Stand, die Chancen und Probleme der Anbindung Tschechiens an Europa. Er verdeutlichte damit in knapper Form, daß es zwischen den west- und mittelosteuropäi-

zu gestalten. Dies kann langfristig schwerwiegende Folgen haben.

Auf der Grundlage dieser Einführung entwickelte sich eine Diskussion, in deren Verlauf es zu folgenden Einschätzungen kam: Auf Tschechiens Weg nach Europa bemühen sich seitens der westeuropäischen Staaten am ehesten noch Deutschland und Österreich um eine Integration. Die Bundesrepublik engagiert sich für diesen östlichen Nachbarstaat dabei ähnlich wie sie es bisher in bezug auf Polen auch getan hat. Die Haltung Frankreichs ist distanziert und das Verhältnis zu England gestaltet sich problematisch, da die Briten auch in diesem Bereich eine Bremserfunktion einnehmen. Es ist jedoch offensichtlich, daß langfristig eine politische Einigung unabdingbar ist.

Die Staaten Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn könnten auf der Grundlage der gemeinsamen Situation als Transformationsstaaten theoretisch eine Interessengemeinschaft bilden. Tatsächlich entwickelte sich jedoch statt Solidarität eine starke Konkurrenz vor allem in bezug auf die Beziehungen gen Westen. Die Staaten pflegen ihre Kontakte nach Westeuropa jeweils einzeln. So gestaltet sich das deutsch-tschechische und das deutsch-polnische Verhältnis wesentlich besser als das tschechisch-polnische. Tschechien und Polen zeigen deutliches Interesse an engen Kontakten zu Deutschland, kooperieren jedoch kaum miteinander.

Auch die deutsch-tschechischen Beziehungen sind jedoch nicht frei von Belastungen. Nach Sokols Ansicht handelt es sich dabei vor allem um zwischenstaatliche, politische Probleme. Der alltägliche Umgang von Deutschen und Tschechen birgt kaum Reibungspunkte. Denn Tschechien lebt vor allem mit deutschen Kapital, das auch durch jährlich etwa 100 Millionen Touristen ins Land gebracht wird. Auch im Vorfeld der tschechischen Parlamentswahlen im Sommer 1996 wurde das deutsch-tschechische Verhältnis nicht zum Wahlkampfthema erhoben, was die Problemlosigkeit der Beziehungen demonstrieren soll.

Dagegen gehalten wurde, daß die Reden des CSU-Vorsitzenden und Bundesfinanzministers Waigel und des bayerischen Ministerpräsidenten Stoiber beim Pfingsttreffen der Sudetendeutschen Landsmannschaften auch in Tschechien Aufregung verursacht haben. Sokol ließ sich jedoch nicht darauf ein, die Beziehungen schlechtzureden und bewertete die Vorgänge als eher undramatisch. Wenn auch die Vertreibung nach wie vor ein heikles Thema bleibt und die Arbeit einiger Vertriebenenverbände kritisch betrachtet werden muß, so muß gewürdigt werden, daß es auch in Vertriebenenverbänden Bemühungen gibt, die Vertreibung ehrlich aufzuarbeiten.

Wichtig für Europas Weg in die Zukunft ist es, Vorurteile konkret zu beschreiben, sie auf diesem Weg abzubauen und so Grundlagen für eine bessere Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Tschechen, West- und Osteuropäern zu schaffen.

Claudia Gawrich

Sein dem Ende des kalten Krieges tritt auch immer mehr ins Bewußtsein der westlichen Nationen, daß Europa nicht am Eisernen Vorhang endet. Folgt man den politischen Willensbekundungen, sehen auch alle EU-Mitglieder die Notwendigkeit ein, die Gemeinschaft früher oder später nach Osten hin zu erweitern. Werden die Staaten des ehemaligen Ostblocks dabei jedoch wirklich als Vervollständigung und Bereicherung der Gemeinschaft angesehen? Oder betrachtet man sie eher als Bittsteller und unliebsame Konkurrenten? Und wie sehen sich die ostmitteleuropäischen Länder selber in diesem Prozeß? Welche Chancen rechnen sie sich aus, welche Erwartungen haben sie, wie gehen sie mit der Konkurrenz untereinander um? Die Konstellation des Podiums, das sich am Freitagmittag in Gemen unter der Gesprächsleitung von Wolfgang Nitschke M.A., München, zusammengefunden hatte, versprach Antworten auf diese Fragen.

Den Einstieg in die Diskussion machte der Niederländer **Jan Sonneveld**, Mitglied des Europäischen Parlaments. Als Vertreter der

Arbeitskräfte und einer hohen Arbeitsqualität, die er für die baltischen Staaten diagnostiziert, begründet er seine Hoffnung. Außerdem spreche für Litauen, daß es keine Probleme mit Minderheiten und Nachbarländern habe. Im Gegenteil dürften die skandinavischen Länder ein dezidiertes Interesse am Beitritt des Baltikums haben. Die Mittelmeerorientierung der EU in der Vergangenheit werde durch die Ostseeländer ergänzt, eine Region, deren Einflußbereich Paleckis bis zur Ukraine zog.

Prof. Kira Schachowa aus Kiew sieht die aktuellen Bezugsländer allerdings weniger im Baltikum. Beeindruckt vom ökonomischen Niveau, gelten die USA, der große Freund jenseits des Atlantik, und die Bundesrepublik als Vorbilder. Die Zeit der hehren Utopien des Zarismus oder Marxismus, seien jedoch vorbei und man schätze die heutige Situation nüchterner und realistischer ein. Das Ringen um die eigene Identität spielt dabei eine entscheidende Rolle, Identität sowohl nach innen, sich als eigener Staat zu betrachten, wie auch nach außen, als solcher wahrgenommen zu werden. Auf Hilfe von außen dürfe sich die Ukraine dabei nicht verlassen. „Das wichtigste ist, daß wir unsere Initiativen entwickeln, daß wir möglichst mehr machen, damit wir das Niveau erreichen, was wir so sehr wünschen“, urteilt die Vertreterin des Schwarzmeerstaates. „Wenn

man uns hilft, geht es schneller, aber ganz bestimmt kann es nicht schnell genug gehen.“

Auffällig ist, daß Deutschland für die Integration der ostmitteleuropäischen Staaten eine wichtige Rolle zugesprochen wird. „Deutschland ist Motor der EU-Erweiterung“, bestätigt **Georg Ziegler**, bis vor kurzem noch Mitarbeiter der deutschen Botschaft in Warschau, heute tätig im Bonner Arbeitsministerium. Dies ist nicht nur aus geographischen Gründen naheliegend, es ist seiner Meinung nach „moralisches Gebot der historischen Gerechtigkeit“. Schließlich habe Deutschland durch den 2. Weltkrieg die Trennung Europas wesentlich verschuldet. Jetzt, wo sie politisch überwunden ist, sei es seine Pflicht, sich auch für ihre wirtschaftliche Überwindung einzusetzen. „Ausgleich statt Abschottung“ ist für ihn das Motto der Zukunft. Deswegen hält er eine deutsch-mittelosteuropäische Interessengemeinschaft für wünschenswert, um den Aufbau der Demokratie und die Einführung der sozialen Marktwirtschaft zu fördern.

Einig waren sich die Beteiligten, daß Polen eine besondere Brückenkopffunktion zu kommen. Im Arbeitskreis am Vormittag hatte der Gesandte Dr. Marek Prawda bestätigt, daß Polen diese Rolle wahrnehmen wolle und bereits spiele. Es habe sich bei den Gesprächen der bestehenden Interessengemeinschaft zwischen Frankreich, Deutschland und Polen z. B. für die Beteiligung der Ukraine eingesetzt. „Polen kann zu einem Ort der Begegnung werden“, ent-

PODIUMSDISKUSSION

Zukunft Europa – ein dialogischer Prozeß

Union sieht er das Dilemma, den Ländern, die in die EU drängen, Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, zugleich aber die Gemeinschaft in ihrer Substanz nicht zu gefährden. „Man muß vermeiden, daß man eine lange Warteraumsituation kreiert, sondern darauf achten, daß man schon zu einem frühen Zeitpunkt Sicherheit gibt“, lautet sein Anspruch, „dann aber sollten wir uns noch Zeit nehmen, die Probleme, die zweifellos und sehr zahlreich kommen werden, zu lösen.“ Er stellt sich eine Integration in drei Stufen vor:

1. die Zeit bis zum Beitritt, die man intensiv zur Angleichung der Verhältnisse ausnutzen sollte,
2. die Zeit bis zur Öffnung der Grenzen, also dem gemeinsamen Markt und
3. die Zeit bis zur gemeinsamen Währung. Sonneveld ließ dabei erkennen, daß Polen, Tschechien und Ungarn der Gemeinschaft in diesem Prozeß nicht nur geographisch näher liegen: „Es ist klar, daß Polen für uns etwas näher liegt als Litauen. Aber wir wollen mit allen zugleich anfangen, Gespräche zu führen.“

Justas Paleckis, Sonderbotschafter des litauischen Präsidenten aus Wilna, überraschte diese Aussage nicht: „Wir haben alle die gleichen Startmöglichkeiten. Wer die Situation am schnellsten überwinden kann, der ist erfolgreicher.“ Auch wenn er davon ausgeht, daß Polen früher in die EU aufgenommen werden wird, rechnet er sich für sein Land durchaus Chancen aus. Mit der guten Infrastruktur, den qualifizierten Ar-

spricht es auch der Erfahrung von **Stephan Erb**, tätig in Kreisau, der auf dem Podium den polnischen Gesandten vertrat. Seiner Beobachtung nach sei man in Polen weiter, als man vom Westen her annehme. Hier habe man begriffen, daß Demokratie mehr ist als Parlament und Wahlen. „*Es gibt die Bestrebung, eine Bürgergesellschaft zu schaffen. Das geschieht zum großen Teil dadurch, daß die Leute selbst ihre Interessen in die Hand nehmen.*“ Angesichts der vielen europäischen Clubs in polnischen Schulen etwa, müßten sich westdeutsche Schüler „warm anziehen“, so die Einschätzung von Erb. Aber Demokratie und Wirtschaftswachstum müßten, sollen sie wirklich einen Beitrag zur Europäisierung leisten, damit unterfüttert werden, daß sich Menschen aus den verschiedenen Nationen wahrnehmen, kennenlernen und begegnen.

Dem pflichtete der tschechische Vertreter **Prof. Jan Sokol**, Prag, bei. Es ginge bei der europäischen Integration nicht darum, irgendwelchen Nationen nachzueifern und ihren mehr oder weniger erfolgreichen Kurs zu kopieren. „*Das Bild von den verschiede-*

nen Geschwindigkeiten, das gerne benutzt wird, gefällt mir nicht besonders gut, als ob der europäische Integrationsprozeß nur in eine Richtung verläuft.“ Er trat für ein dialogisches Prinzip ein, in dem man voneinander lernen kann. Vielleicht gibt es auch Dinge, von denen der Westen lernen könne. Die Landwirtschaft wurde als ein solches Thema angesehen. Tschechien habe z. B. eine funktionierende Landwirtschaft, die ohne Subventionen auskomme, in einem gemeinsamen Markt könnte sie sich gegen die anderen so jedoch nicht durchsetzen.

Jan Sonneveld teilt die Auffassung, daß die Landwirtschaft eine der schwierigsten Hürden sei. Allerdings sieht er keine Chance, die Subventionspolitik einzuschränken: „*Schon in den römischen Verträgen war das ein Problem. Aber auch damals hieß es: Ohne eine gemeinsame Agrarpolitik keine europäische Integration.*“

In der zweiten Phase des Gesprächs ging es um die Öffnung der NATO für die ehemaligen Ostblockländer. Georg Ziegler wies auf den kleinen aber bedeutenden Unterschied hin, daß es nicht um eine aggressive Erweiterung gehe, sondern um die Bereitschaft, dem Wunsch der Länder zu entsprechen,

an dem Sicherheitsbündnis teilzuhaben. Stephan Erb bestätigte dies mit seinen Erfahrungen aus Polen: „*Es gibt eine Angst vor dem Vakuum. Man möchte mit dem Eintritt in die NATO vermeiden, an den Rand gedrängt zu sein. Es geht nicht darum einen besonderen Platz in Europa einzunehmen, aber einen bestimmten.*“ In Polen werde die Integration in eine europäische Sicherheitspolitik heute als dringender angesehen als die wirtschaftliche Integration.

Anders in der Ukraine. Laut Prof. Kira Schachowa stehen dort noch ganz die ökonomischen Fragen im Vordergrund. Nichtsdestotrotz wünscht man sich eine Aufnahme in das nordatlantische Bündnis. Eine militärische Bedrohung durch Rußland empfinde man jedoch nicht: „*Mit der russischen Armee ist nicht alles so schön und gut, wie es einst war. Für uns ist deshalb nicht das wichtigste ein schrecklicher, brennender Krieg, sondern ein kalter Krieg durch Ökonomik. Das ist wahrscheinlich das wichtigste Gebiet, auf dem wir unsere Interessen verteidigen.*“ Der litauische Vertreter setzt einen etwas anderen Akzent. Justas



Von links: Prof. Dr. Kira Schachowa, Botschafter Justas Paleckis, Prof. Jan Sokol, Stephan Erb, Wolfgang Nitschke, Jan Sonneveld MdEP, Georg Ziegler.



Paleckis meint: „*Der Schlüssel für die NATO-Mitgliedschaft liegt nicht so sehr in Brüssel oder Washington, als in Moskau. Es bleibt harmäckig, solange es nicht besondere Sicherheitsgarantien erhält.*“

Es herrschte Einvernehmen über die Einschätzung, daß Moskau keine Abenteuer unternehmen wird gegen eine NATO-Erweiterung. „*Die Ausweitung der Stabilitätszone nach Osten steht fest, und auch Rußland hat das begriffen*“, vermutet Jan Sonneveld, „*es geht noch darum, den besten Preis dafür auszuhandeln.*“

Bei den vielen Rücksichten, die in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht zu beachten sind, wird es ein Europa der schnellen Erweiterungen nicht geben, das scheint allen Beteiligten klar zu sein. Als Fazit stellte sich heraus, daß man die Mahnung zur Geduld in den osteuropäischen Ländern eher als Chance denn als Strafe begreift. Vielleicht kann in den Gesprächen und Verhandlungen tatsächlich eine Gemeinschaft wachsen, in der man gegenseitig voneinander lernt. Darin kann man der Zukunft Europas Rechnung tragen, als einem dialogischen Prozeß.

GESPRÄCHSFORUM

Der Beitrag der Kirchen zum Dialog in Ostmitteleuropa

Am Abschluß der drei „Arbeitstage“ in Gemen stand am Samstagvormittag ein Gesprächsforum, an dem unter der Gesprächsleitung von **Gerhard Nitschke** Vertreter der evangelischen, orthodoxen, unierten und römisch-katholischen Kirchen teilnahmen. Die Vorbereitung gerade dieser Veranstaltung hatte sich als besonders „brisant“ erwiesen, es war nicht einfach gewesen, Gesprächspartner aus den vier verschiedenen Kirchen für einen offenen Dialog zu gewinnen. So galt zu Beginn des Forums zunächst der besondere Dank den zum Teil von weit her angereisten Gesprächsteilnehmern, die sich im Verlaufe des Vormittags als äußerst kompetent und dialogbereit erwiesen.

■ Zu Beginn hielt **Pater Diethard Zils OP**, Rom, – z. Zt. Assistent des Generaloberen des Dominikanerordens für die Bereiche Mittel- und Osteuropa – ein Einführungssermon, das er in drei Schwerpunkte gliederte:

1. Beispiele von Beiträgen einzelner Gläubiger,
2. Strukturen und Situationen in den Kirchen, die ihren Beitrag prägen und oft auch erschweren,
3. einige Anmerkungen zur Arbeit der Dominikaner in Osteuropa.

Pater Zils erste Feststellung war: Der Beitrag der Kirchen ist nicht nur mit dem der Amtsträger der Kirchen gleichzusetzen, sondern es geht im besonderen um den Beitrag der Menschen. Es ist die Sehnsucht der vielen tausend Kirchenangehörigen – und darüber hinaus die Sehnsucht der Men-



Adalbert Ordowski

schen überhaupt – nach Gott, die auch in der Bedrängnis nicht unterging. Mit einigen beeindruckenden Beispielen wußte er diese These zu unterstreichen.

Im zweiten Teil stellte Pater Zils zunächst einige Fakten dar: Wie groß die Not war, sollten einige Zahlen aus dem Raum der orthodoxen Kirche Rußlands belegen. Allein 1921/22 wurden in nur 12 Monaten der stalinistischen Kirchenverfolgung 2.691 Priester, 1.862 Mönche und 3.447 Nonnen, sowie unzählige Gläubige ermordet, und zwar als Strafe dafür, daß sie für die hungernde Bevölkerung gesammelt hatten. P. Diethard Zils bezeichnete die Verfolgung während des Kommunismus als einen Holocaust. Von ztausend Gemeinden mit 50.000 Priestern waren am Ende nur noch 200 Pfarreien übrig, 70.000 Kirchen wurden zerstört, 120.000 Schwestern und Mönche waren am Ende verschwunden.

Nach mehr als zwei Generationen schwerster Unterdrückung fand diese Kirche sich plötzlich in der Freiheit wieder. Ein ungeheures Erlebnis. Aber welche Enttäuschung: der erwartete „religiöse Frühling“ blieb aus oder wurde nur spürbar in den anderen Kirchen, der römisch-katholischen oder der unierten, die plötzlich auch wieder aktiv waren. Und besonders auch Sekten und andere pseudoreligiöse Gruppen konnten Zulauf verbuchen. Die orthodoxe Kirche sah sich jedoch großen Schwierigkeiten gegenüber. Sie wurde angegriffen, hatte sie doch auch weitgehend mit dem Kommunismus zusammengearbeitet, um wenigstens noch in Resten zu überleben. Der Zerfall der Sowjetunion und die starke Identifikation der orthodoxen Kirche mit dem Staat stellt eine besondere Problematik dar, eine weitere ergibt sich durch die Wiederbelebung der ukrainisch-unierten Kirche, die 1946 gleichgeschaltet und durch Zwang in die Orthodoxie einverlebt wurde.

Hier braucht es Verständnis für das Gespräch der Kirchen untereinander. Die Bereitschaft dafür ist bei allen Beteiligten vorhanden. Pater Zils verdeutlichte dies am Beispiel eines Interviews, das von einer polnischen Kirchenzeitung mit dem Patriarchen von Moskau, Bartholomäus I., bei seinem Besuch in Rom geführt worden war. Darin zeigt der Patriarch uneingeschränkte Anerkennung und Zustimmung für viele Passagen des neuen Katechismus, so zu den Ausführungen zum Stichwort „Gnade“, zur Beschreibung des Menschen als Bild Gottes und zum eschatologischen – endzeitlichen – Verständnis der Kirche.

Die hier deutlich gewordene Gesprächsbereitschaft darf aber – so warnte Pater Zils – nicht auf einen römisch-katholischen Triumphalismus treffen, auf einen übertriebenen absoluten Herrschaftsanspruch der römischen Kirche und einen falschverstandenen Papalismus. Es ist ein ökumenischer Beitrag der Orthodoxie und der anderen Kirchen, auf Überreibungen mancher christlicher Grundhaltungen im katholischen Bereich aufmerksam zu machen und damit zu helfen, sie zu überwinden. Patri-

arch Bartholomäus I. bezeichnete es in dem referierten Interview als wichtig, das ökumenische Gespräch zu führen, um gemeinsam die „*wahren Bestien*“ zu überwinden, die da sind: „*Lüge, Sünde, Arroganz, Betrug, Ungerechtigkeit, Fanatismus, Krieg, Angst und Tod*“.

Pater Zils betonte jedoch auch, daß dieses Interview nicht überschätzt werden dürfe, da es in allen Kirchen Strömungen gibt, die die gemeinsame Arbeit anders sehen und dadurch auch Spannungen innerhalb der Kirchen bewirken.

Sehr schwierig ist die Situation im ehemaligen Jugoslawien. Beachtet werden muß dort die aus der Geschichte zu erklärende starke nationale Bindung der kroatischen und slowenischen katholischen Kirche an ihren Staat. Auf der serbischen Seite ist eine ähnliche vorhanden, die auf dem hegemonialistisch ideologischen Anspruch auf ein „Großserbien“ in Zusammenwirken mit der orthodoxen Kirche beruht.

Dies ist der Hintergrund für Vertreibungen vieler Gläubiger durch Fanatiker wie in Banja Luka. Dort wurde nicht geschossen – alle dort ansässigen Vertreter der Kirchen und Religionen haben zum Frieden gehramt und die Bewohner der Stadt haben einander diese Gewalt auch nicht angetan. Aber von ehemals 180.000 Katholiken gibt es heute dort nur noch 8.000 und von der großen Anzahl der in der Stadt lebenden Moslems sind alle vertrieben worden. Alle Moscheen wurden zerstört, ebenso die meisten Kirchen. Dies geschah nicht durch die dort lebenden serbischen orthodoxen Christen, sondern von fanatisierten überwiegend paramilitärischen Verbänden. Trotzdem ist hier zu fragen, wo haben die Kirchen versagt?

Zum Verständnis hilft vielleicht die These eines kroatischen Theologen, der von einem „katholischen Syndrom“ als der Grundlage für die Rolle der katholischen Kirche in dieser Auseinandersetzung spricht. Seit Jahrhunderten sieht er die Kirche davon geprägt und so skizziert er folgende Charakteristika dieses „Syndroms“:

- Die dogmatische Weise des Nachdenkens mit der Schlußfolgerung, richtig ist nur, was die höchste Autorität sagt,
- eine streng hierarchische (kirchliche) Regierung von oben nach unten,
- ein Gefangensein in der eigenen Vergangenheit,
- die Verherrlichung von Führerpersönlichkeiten,
- eine „Anpassung“ des Verhaltens, in der es als wichtiger verstanden wird, das Richtige zu sagen, als es auch zu tun.

Solche Auffassungen – ein „katholisches Syndrom“ als prägendes Element – sind durchaus nicht nur in Osteuropa zu finden und diese Entwicklungen sind auch an den Ordensgemeinschaften nicht spurlos vorübergegangen. So berichtete Pater Zils in einem kurzen dritten Teil seines Referates von seinem Orden, den Dominikanern. Gerade in den osteuropäischen Niederlas-

sungen führte dieses „Erbe“ zu harten Auseinandersetzungen zwischen älteren und jüngeren Mitbrüdern bis hin zum Austritt aus der Gemeinschaft. Für ihre Arbeit in den ehemals zum Ostblock gehörenden Ländern haben die Dominikaner drei Aufgaben festgeschrieben. Sie wollen:

- Ansprechpartner sein für die Katholiken in diesen Ländern,
- da sein für alle, die nach dem Glauben suchen,
- beitragen zum Dialog aller Christen und ganz besonders auch selbst diesen Dialog führen.

Als zweiter Teil der Veranstaltung folgte dann das Gesprächsforum mit den Vertretern der anderen Kirchen, die zunächst einzelne Statements abgaben.

■ Zuerst sprach der **Erzbischof der lutherischen Kirche Estlands, Jaan Kitivit** aus Tallinn: Er beschrieb zunächst die statistische Entwicklung der religiösen Zugehörigkeit der Bewohner Estlands seit den 30er Jahren. Zur Zeit der estnischen Republik zwischen den beiden Kriegen bekannten



sich ca. 80 % zur lutherischen Kirche, ca. 17 % zur Orthodoxie, ca. 3 % waren Freikirchler und wenige Katholiken. Mitte der 80er Jahre – nach mehreren Jahrzehnten Zugehörigkeit zur UdSSR – gab es nur noch 2 % Lutheraner. Heute sind es wieder 20 % bei etwa 25 % Christen insgesamt.

Erzbischof Kitivit bezeichnete die „*Deformation der Seele*“ als den schlimmsten von den Kommunisten hinterlassenen Schaden, eine Herausbildung des „*homo sowjeticus*“, der folgende Züge trägt: sozial hilflos, gewohnt an eine lebenslange Bevormundung durch den Staat, unfähig zur Selbstbestimmung und zur Übernahme von Verantwortung. Die wichtigste Aufgabe der Kirchen sieht er darin, diese Wunden zu heilen und zu lehren, vor Gott und den Menschen Verantwortung zu übernehmen. Hinzu kommt die Erziehung der Kinder, die Unterstützung der Familien und auch die Förderung einer Zusammenarbeit von Kirche und Staat.

Fortsetzung Seite 17

Meine Damen und Herren, haben Sie recht herzlichen Dank für die Einladung zu diesem 50. Gementreffen. Als ich vor 6 Jahren zum ersten Mal hier war, wünschte ich mir insgeheim, auch bei Ihrem Jubiläumstreffen dabei zu sein. Ein halbes Jahrhundert zusammenzukommen! Alle Achtung.

Ich möchte meine Festrede von 1994 nicht wiederholen, in der ich u. a. die deutsch-polnische Vergangenheitsbewältigung als ein Modell für Polen und Litauer oder Ukrainer gewürdigt habe. Ich weiß, daß heute in Gemen unter der Danziger Fahne auch viele Polen versammelt sind, und könnte mir vorstellen, daß es für manch einen von Ihnen, den deutschen Danziger, ein Problem sein kann, daß hier gleich so viele, meist junge, polnische Danziger unter Ihnen sind. Als sollte nach einem halben Jahrhundert der Abschied von der alten Heimat an der Mottlau auch noch hier, auf einer westfälischen Wasserburg besiegelt werden. „Nicht nur Danzig haben sie uns genommen, sogar hier in Deutschland haben sie sich zwischen uns eingenistet . . .“, könnte man da meinen.

Aber trösten Sie sich: Auch manche polnischen Ansiedler in Danzig grummeln bisweilen: „Sie sind wieder da in Danzig, die Deutschen; nach 1945 haben wir sie in den Westen verfrachtet, wir haben die Danziger Geschichte ‚entdeutsch‘ und – dank Wałęsa – aus dieser Stadt die heimliche Hauptstadt Polens gemacht, aber die deutschen Danziger sind wieder da, und zwar immer mehr, und sogar die polnischen Schriftsteller – wie Stefan Chwin – beginnen ihre Geschichte nachzuzeichnen . . .“

Und das ist gut so, meine Damen und Herren. Wir Polen sind in Gemen, und Sie – die deutschen Danziger – kehren nach Gdańsk zurück, ein halbes Jahrhundert danach. Sie kehren zurück, vielleicht nicht ersehnt, aber ganz sicher akzeptiert, für einige Tage oder Wochen, und manche demnächst vielleicht sogar auf Dauer. Genau vor einem Jahr stand ich mit Günter Grass und Christa Wolf auf dem Langen Markt, und auch wenn ich weiß, daß einigen von Ihnen der Langfahrer Erzeuger von Oskar Matzerath eher ein Greuel ist, wünschte ich, Sie hätten sehen können, wie ihn junge Polen belagerten, wie sie eine Buchhandlung stürmten und seine – inzwischen jederzeit erhältlichen – Romane kauften, um sie sich von ihm signieren zu lassen. Und daneben Christa Wolf, auch eine Ostdeutsche (aus Landsberg an der Warthe), befremdet und ein wenig neidisch auf die Popularität ihres Schriftstellerkollegen in der alten Heimat. „Sehen Sie“, meinte ich zu ihr, „Sie könnten in Gorzów heute auch so geliebt werden, wenn Ihnen damals 1974 die polnischen Zischlaute nicht so fremd gewesen wären. Bei allen Extratouren von Grass ist er unser, er hat in Polen Schule gemacht. Eine ganze Phalanx junger polnischer Schriftsteller schreibt seine Danziger Romane weiter . . .“

Das deutsch-polnische Drama der Vergangenheitsbewältigung hat überhaupt Schule gemacht. In den deutsch-tschechischen



FESTANSPRACHE

Zukunft Europa – ein gemeinsamer Weg

Adam Krzemiński, Warschau

Querelen der letzten Monate wurde immer wieder gesagt: Mit den Polen sind wir Deutsche bereits viel weiter. Und umgekehrt wurde, als ich im Frühjahr mit Klaus von Bismarck in Wilna war, um im litauischen Fernsehen über die verlorene und dann doch noch – im übertragenen Sinne – wieder gewonnene Heimat zu diskutieren, die deutsch-polnische Erfahrung immer wieder als ein Modell für den polnisch-litauischen Ausgleich angesprochen.

Doch unsere gemeinsamen Querelen lösen wir vorerst noch bilateral und nicht europäisch. Europa ist zwar da, als eine eher abstrakte Selbstverständlichkeit, aber poli-

tische Emotionen haben nach wie vor ihre nationalen Namen, nationalen Symbole und Nationalsprachen. Als vor zwei Wochen im thüringischen Frankenhausen, unweit des Kyffhäuser-Denkmales, während einer deutsch-polnisch-französischen Tagung über nationale Denkmäler plötzlich die Frage auftauchte, ob nun heute irgendwo ein Europa-Denkmal entstehen könnte, das zu einem Wallfahrtsort der europäischen Nationen werden könnte, wie im Mittelalter etwa Santiago de Compostella, brach helles Gelächter aus. Stellen Sie sich vor: Irgendwo steht die granitene Statue einer Prinzessin, die ein Stier ent- und dann auch verführt, die Europa. Und wir alle, Deutsche, Polen, Litauer, Franzosen, Engländer, Schotten und Russen pilgern dahin. Unmöglich. Schon die Frage, wo die Europäer dieses Denkmal aufstellen sollten, würde sie entzweien. Streiten etwa nicht Polen und Deutsche darüber, wer nun in der Mitte Europas liegt? Auch die Tschechen, die sie bei Prag sehen, auch die Ukrainer – die auf einen Obelisken in den Ostkarpaten verweisen, den Franz Josef um die Jahrhundertwende an den östlichen Rändern seiner Monarchie aufstellen ließ –, und in Litauen habe ich wiederum gehört, die Mitte liege bei Wilna. Auf ein Zentrum konnten sich die Europäer nie einigen. Jeder wollte sich in die Mitte stellen und besser als die anderen dastehen, besonders diejenigen, die glaubten, im Ansehen der Nachbarn permanent zu kurz zu kommen. Europa als eine Einheit war schon immer und ist nach wie vor eine Utopie, die nie verwirklicht werden kann. Und dennoch: Es hat es verdient, daß man sich bemüht, dieser Utopie nachzulaufen. Dies sagte vor wenigen Tagen eine französische Abiturientin in ei-



nem jener obligaten Gespräche über Europa, an dem deutsche, polnische und französische Jugendliche teilnahmen. Von irgend einer Europa-Euphorie war dabei wenig zu spüren. Niemand rief auch dazu auf, europaweit Freundschaftsbäume zu pflanzen. Alle waren eher „europamüde“, sprachen von einem neuen Egoismus und von den prosaischen Ängsten der Jugendlichen: Arbeitslosigkeit, Umweltverschmutzung und der allgemeinen Orientierungskrise . . . Die Positionen waren bezeichnend, auch wenn die Auswahl keineswegs repräsentativ war. Die Polen fanden, ihnen gebühre Hilfe von Seiten der Westeuropäer, zugleich aber sahen sie die Zukunft in schwarzen Farben. Nichts mehr von der Aufbruchstimmung des Jahres 1989, nichts vom Stolz der einstigen Kommunismusbezwinger, alte Selbstzweifel plagten die jungen Polen und alte Minderwertigkeitskomplexe – ihre Null-Bock-Haltung erklärten sie mit den allgegenwärtigen negativen Auswüchsen der Marktwirtschaft – also z. B. der organisierten Kriminalität – und dazu noch den Postkommunisten an der Macht. Anspruchsdenken war für sie kennzeichnend – und eine leise Hoffnung auf Europa. Auch wenn sie selbst sich nicht unbedingt in der Rolle von Blauhelmträgern sahen, fanden sie es selbstverständlich, daß die Polen wie bisher bei UNO- und künftig vielleicht auch NATO-Einsätzen dabei sein sollten. Polen solle sich für Europa engagieren, meinten sie, damit Europa sich auch für Polen einsetzt.

Die Deutschen argumentierten anders: Sie waren gegen Maastricht, gegen eine Vertiefung der Union und gegen eine weitere Abgabe von Souveränität an Brüssel. Außerdem waren die meisten entweder Kriegsdienstverweigerer oder zumindest gegen eine deutsche Beteiligung bei UNO-Einsätzen. Sie enthielten sich auch der Debatte, ob die NATO erweitert werden solle, denn sie waren grundsätzlich gegen die NATO.

Und schließlich die Franzosen: Europa? Ja, aber nur ein Europa der Vaterländer und kein Superstaat. NATO? Ja, doch nicht auf sie komme es an, sondern darauf, ob Europa generell einen inneren Ausgleich finde. Ein „hartes Kerneuropa“ lockte sie ebenso wenig wie exklusive „Dreiecke“ unterschiedlicher Figuration, gleich, ob mit oder ohne Frankreich. Sie waren in diesem Gremium die besten Europäer, die Deutschen die am meisten erschöpften und die Polen die egozentrischsten . . .

Solche Einzelbeobachtungen mögen irrelevant sein. Hätten anstelle von Annemarie, Joel und Ferdynand andere Polen, Deutsche und Franzosen diskutiert, wären auch andere Befunde möglich. Und dennoch waren sie bezeichnend. Zeigen diese Beispiele doch, daß der dialogische Prozeß als solcher kaum noch Probleme darstellt. Wir sprechen miteinander, was das Zeug hält. Nur – welches Europa soll es sein?

Die Lage in Europa ist schon paradox. Auf den euphorischen „Völkerherbst“ 1989, auf den Fall der Mauer und das Hochgefühl, nun alle einem Europa anzugehören, folgten in den letzten Jahren mehrere kalte

Duschen. Der Bürgerkrieg in Jugoslawien war nur der Gipfel eines Eisbergs nationaler Konflikte, territorialer und ethnischer Ansprüche, der Macht und Ohnmacht der EU und der grundsätzlichen Labilität des zerbroselnden Ostens.

Nach dem goldenen Herbst holte uns die graue Wirklichkeit ein – die Schatten der Vergangenheit, nationale Animositäten, soziale Ängste und politische Formlosigkeit. Nun könnte man einwenden, all das sei nicht so gefährlich, wie es beschrieben wurde, selbst die russische Demokratie entwickle sich stolpernd Schritt für Schritt. Übergangsphasen sähen schließlich immer häßlich aus, und aus diesem Chaos würden sich schon noch überschaubare Strukturen für ein neues „Gesamteuropa“ herauskristallisieren. Doch da liegt der Hund begraben: Von welchem Europa ist da die Rede? Von welchen Werten, welchen Träumen, welcher Erneuerungskraft? Wie suchen wir unsere Teilidentitäten gegenüber der gesamteuropäischen Identität zu definieren? Bei uns in Polen ist ein Streit zwischen den sogenannten „Europäern“ und den „Nationalen“ im Gange. Die einen sagen, Polen stehe an der Schwelle zum EU- und NATO-Beitritt, die anderen antworten darauf in dicken Schmähsschriften: „Die Europäische Union bedeutet geradezu den Untergang Polens“. Die polnischen „Europäer“ sprechen von der notwendigen Modernisierung des Landes und der Selbstbefreiung von einigen „polnischen, allzupolnischen“ Lastern – wie Provinzialität, Fremdenfeindlichkeit und Selbstverliebtheit –, die anderen dagegen rufen zur Besinnung auf „altbewährte Werte“ auf: den Katholizismus, die Familie und die nationalen Werte. Die einen betonen den Verrat Europas an Polen – auch noch nach Jalta –, die anderen kümmern sich weniger um Grundwerte, sondern kalkulieren die Euro-Regenfälle, die mit dem Beitritt zur Union Polen berieseln könnten und überlegen, welchen Anteil Polen bei der Verlagerung von Arbeitsplätzen aus Deutschland ergattern könnte.

Es ist schon ein merkwürdiges Zeichen dieses nachkommunistischen Zeitalters, daß der Europa-Gedanke auf Geld reduziert wird und daß die betörenden Visionen zu den Klängen der IX. Symphonie und den flatternden goldenen Sternen auf blauem Tuch eher blaß ausfallen. Keine „Kulturrenaissance“ begleitete diesen historischen Umbruch, keine Entfesselung künstlerischer Kreativität, kein geistiger Aufschwung. Auch sechs Jahre danach erhält die dahinsiechende Hochkultur der Europäer kaum neue Impulse, weder im Osten noch im Westen. Wir rechnen, wir rechnen ab, aber wir entwerfen wenig.

Der geistige Impetus der früheren demokratischen Opposition, der „Meisterdenker“ der Dissidenz, ist verebbt. Die widerspenstigen Intellektuellen, Schriftsteller und Künstler konnten vorzüglich die alte autoritäre Gesellschaft beschreiben und ihr eine Diagnose stellen. Die Philosophie der praktischen Demokratie aber wird erst „aus dem Stand“ entwickelt, und meist nicht von

den Vordenkern, sondern vom zweiten und dritten Glied der früheren Bürgerbewegungen – den unscheinbaren Mitmachern und Mitläufern. Aus ihnen werden schwerlich „geistige Väter“ werden, Lückenbüßer sind sie, wenig mehr.

Was noch temperamentvoll und lebendig ist in dieser geistigen Welt Europas, das sind die Warnungen vor den neuen Fundamentalismen, wie sie André Glucksmann in Frankreich, György Konrád in Ungarn oder Adam Michnik in Polen äußern. Und es wäre unangebracht, ihnen zu sagen: Das ist zu wenig, wie, bitte schön, geht es weiter? Das Problem in Europa, Ost wie West, ist vielleicht, daß wir zwar nicht am „Ende der Geschichte“ angelangt, aber mit der „Postmoderne“ auch in eine „postpolitische“ Zeit geraten sind, in der Ideen fehlen und die Sachprobleme für alles herhalten sollen. In dieser Zeit der Vereinigung Europas gibt es entgegen den Beschwörungen beispielweise des Papstes – wie vor zwei Wochen in Deutschland – keine einigende Idee, die so stark wäre wie einst das lateinische Christentum der Karolinger, die Renaissance der Antike im Mittelmeerraum im XIV.–XV. und die Reformation an Nord- und Ostsee im XVI. und XVII. Jahrhundert oder die Aufklärung und die republikanischen Ideen nach der Französischen Revolution.

Wir betreiben die europäische Einigung ohne den Impetus eines Schuman, de Gasperi oder Adenauer. Was uns im Osten „internationalisiert“, das sind die elektronischen Medien, die Pop-Kultur, die Videoclips und die Supermärkte – Billa in Warschau, Aldi an der Oder. Und statt der stotternden Reklameschriften „Kauft sowjetische Uhren“ und „Baumaschinen aus der DDR“ zwinkern uns heute Marlboro, Mercedes und Milka an. Die begeisterten Vereiniger sind weniger Christen oder Aufklärer als Buchhalter und Sachbearbeiter der Weltbank.

Das alles vollzieht sich vor dem Hintergrund der alten Familienziste, noch immer regen sich bei uns allen einige Leichen im Keller. Historische Abneigungen und Vorbehalte, Ungleichheiten und Ungleichzeitzigkeiten verknöten uns mitunter die Zungen. Das Aneinandervorbeireden der Deutschen und Franzosen vor einem Jahr, als die Deutschen in ihren „fünf Haßminuten“ wegen Mururoa literweise französischer Wein in Elbe und Rhein kippten, ist bestürzend und lehrreich. Es muß uns im Osten nachdenklich stimmen, wenn wir in deutschen Zeitungen vom „Vakuum Europa“ lesen, wir – die Anwärter auf die Mitgliedschaft in diesem Vakuum.

Und da der Euro-Citoyen in den Vereinigten Staaten von Europa eine Chimäre bleiben wird – sagt man uns –, könne man ihn doch noch über die „Regionalisierung“ Europas statuieren, den durch den Kompetenzverlust seiner Parlamente und die Kompetenzlosigkeit Straßburgs geschwächten Eurobürger damit aufpäppeln, daß er sich mehr um seine Provinz und seine Region als um seinen Staat und seine Nation kümmern soll. Doch das deutsche Patent der Länder kann man schlecht als Universallösung

sung anbieten. Wo gibt es gewachsene Länder in Polen, wo ein Drittel der Bevölkerung infolge der Westverschiebung mehr oder weniger zufällig nach Breslau, Stettin oder Allenstein geriet und ein weiteres Drittel infolge der forcierten Verstädterung in der Stalin-Zeit auch seiner bäuerlichen und regionalen Wurzeln beraubt wurde?

Das sind aber erst Etüden und Spiegelfechtereien vor der Europa-Karte. Der eigentliche Punkt liegt nämlich woanders, in der Zögerlichkeit, im fehlenden „Euro-Extrovertismus“, in der immer noch mit Vorliebe betriebenen Nabelschau.

Man tröstet sich gegenseitig, so seien eben die Gründerjahre, heute gehe es eben um mehr als um neue Moden, Snobismen, Trends und den Zeitgeist. Es gehe um die Demokratie, die Bekämpfung der Fremdenfeindlichkeit, die Überwindung des Chaos, die Eindämmung der Gewalt, die Angliederung der Neu-Assoziierten an die Alt-Mitglieder. Die Neuen sollten ihren eigenen Wert entdecken und ihre Risikofreudigkeit nicht auf dem Niveau von Zigarettenziebern und Auto-Mafiosi, sondern dem moderner Jungunternehmer austoben. Und nur manchmal drängt sich leise die Frage auf: Ist das große Schweigen, die Plattheit und Selbstzufriedenheit des neoliberalen Denkens der Planer und Macher nicht doch ein wenig schuld daran, daß dieses „Vakuum Europa“ implodiert? Wird der Perfektionismus der Brüsseler Beamten von einer neuen Renaissance in Europa begleitet? Auch wenn sie sich nicht programmieren läßt, ohne sie kann man schwer auskommen.

Nicht ausgeschlossen aber, daß wir, die „Neuzugänge“ in der Europäischen Union, eine Renaissance der Europa-Idee – oder wenigstens eine Reform der EU – geradezu erzwingen können. Ostmitteleuropa bringt spezifische Werte in die europäische Kultur ein – das steht fest. In der „Revolution“ des Jahres 1989 dominierte die Aufführung gegen die Entmündigung, die von den oppositionellen Eliten schon zuvor klar artikuliert worden war. Kaum artikuliert oder sogar von ihr abgelehnt wurde dagegen die technokratische Vision eines neuen „Civilisationsprunges“, einer osteuropäischen „Revolution der Manager“ oder der Einführung der Marktwirtschaft. Diese Impulse kamen eher von den Parteireformern – in Ungarn und in Polen in Form von vorsichtigen marktwirtschaftlichen Reformen –, dann aber auch von begabten Ökonomen, den Urhebern der späteren Wirtschaftstransformation – Leszek Balcerowicz oder Václav Klaus. Doch nicht die Modernisierung und Transformation des Systems beflogten die Phantasie der Millionen Menschen, die 1989 auf die Straßen gingen, sondern Befreiung von der Diktatur und nationale Emanzipation.

Die Rückkehr zur nationalen Tradition stellte die historische Identität wieder her, schien aber auch politische Muster nahezulegen. Doch fast alle Parteien in Ostmitteleuropa haben Probleme mit ihrer Identität. Rechtsgerichtete, aggressiv antikommunistische und nationale Gruppierungen fin-

den keine breite Akzeptanz in Gesellschaften, die Radikalismus ablehnen und sowohl über den Krieg in Jugoslawien als auch die bewaffneten Exesse in der früheren UdSSR entsetzt sind. Die Rechte beruft sich auf nationale Instinkte und eine Verschwörungstheorie der Wirklichkeit, in der fremde „dunkle Mächte“ und nationale Minderheiten es auf das Verderben der „wahren“ Polen, Ungarn, Slowaken usw. abgesehen hätten. Es ist bezeichnend, daß sie weniger die „Postkommunisten“ für den Hauptgegner halten als vielmehr die unlängst noch Verbündeten aus der antikommunistischen Opposition. Keine Partei mit klarem Profil – weder die Christdemokraten (selbst im sehr katholischen Polen) noch die Liberalen – konnte auf Dauer ihre Position festigen. Auch die Sozialdemokratie ist in Ostmitteleuropa keine stabile Kraft. Immer noch „befleckt“ von der Nachgiebigkeit gegenüber den Kommunisten nach 1945 oder mentalem und persönlichem „Postkommunismus“, kann sie zwar momentane Wahlerfolge erzielen und die Regierungs(mit)verantwortung übernehmen, wird aber noch lange keine stabile politische Autorität besitzen.

In der ersten Phase wurde die Systemtransformation in den meisten Fällen mit dem Übereifer des Neophyten in die Tat umgesetzt. Der Wille, eine westliche Demokratie aufzubauen und die Wirtschaft zu modernisieren, führte auch zum Abreißen der Verbindungen zu den „Bruderländern“. Sogar die „Visegrád-Länder“ – Polen, Ungarn, Tschechien und die Slowakei – sahen sich eher als Konkurrenten im „Wettlauf nach Europa“ denn als Verbündete, und der tschechische Ministerpräsident Václav Klaus betonte auf Schritt und Tritt, daß Tschechien im Alleingang größere Chancen habe, die Bastion der Europäischen Union zu erstürmen, als zusammen mit Polen und der Slowakei. Historische Hängepartien, alte Grenzkonflikte und das Problem der ethnischen Minderheiten, der „eigenen“ in den Nachbarstaaten und der „fremden“ im eigenen Land, wecken zusätzlich Mißtrauen zwischen den einstigen „Brudervölkern“.

Die ethnischen Konflikte in Ostmitteleuropa sind jedoch, ähnlich wie das Problem der „Ent- oder Rekommunisierung“, in den Medien größer als in den tatsächlichen sozialen Verhaltensweisen. Der Durchschnittsbürger ist vor allem bestrebt, seine Grundbedürfnisse zu befriedigen. Die Hilflosigkeit von Menschen und Gruppierungen, die zu den Verlierern der Wirtschafts- und Systemtransformation gehören, geht einher mit dem „neuen Egoismus“ jener, „die es geschafft haben“ und die die Devise „bereichert euch“ als höchste ethische Norm ansehen, ohne jede weitere moralische Schuldigkeit gegenüber den Schwächeren.

Das Paradox Ostmitteleuropas ist immer noch nicht gelöst. Die gegen das stalinistische Modell der Politik und Wirtschaft gerichtete freiheitliche „Revolution“ des Jahres 1989 hat zwei einander gegenseitig blockierende Kräfte freigesetzt. Einerseits die

„rückwärtsgewandte“ Energie eines nationalistischen „Stammesegoismus“, andererseits eine „zukunftsorientierte“ Energie, den Willen zur Modernisierung der verspäteten Gesellschaften und eine merkwürdig raffgierige „Freude über die Europäisierung“.

Wenn aber über die Zukunft Europas nachgedacht wird, ist nicht nur die innenpolitische Befindlichkeit der einzelnen Staaten und Gesellschaften von Bedeutung, sondern die Geopolitik oder das, was heutzutage als „variable Geometrie“ der Sicherheit bezeichnet wird. Die Politiker drehen ihre Gebetsmühlen zu Europa, die Politologen analysieren Potentiale, aber schon für die Journalisten ist Europa ein langweiliges Thema, bei dem Fernsehzuschauer oder Leser verlorenzugehen drohen. Die Meinungsforschungsergebnisse in den ostmitteleuropäischen Ländern sind immer noch dezidiert proeuropäisch, aber mit fallender Tendenz, es sei denn, ein spektakulärer Besuch vergrößert für einen Augenblick den Glauben an Europa. Es existiert auch eine Art unterschwelliger „Komplex des Unerwünschten“, das Gefühl, zurückgewiesen, nicht verstanden und geringgeschätzt zu werden.

Manchmal wird jedoch die Befürchtung geweckt, daß es im Westen Tendenzen gibt, die ganze Frage unseres „Anschlusses an Europa“ aufzuschieben und zu verzögern, um dann irgendwann sagen zu können: Seht Ihr, erstens erfüllen sie selbst unsere Bedingungen nicht, und zweitens haben sie es überhaupt nicht eilig, zu uns zu stoßen. Und um im Innersten aufzuatmen: Wir können im „Klub der Reichen“ unter uns bleiben. Wenn an der deutsch-polnischen Grenze Schilder mit der Aufschrift „Nur für EU-Mitglieder“ erscheinen, dann klingt das zwar nicht wie das „Nur für Deutsche“ in der Zeit der deutschen Okkupation, aber diejenigen, denen es nicht vergönnt ist, die europäischen Vergünstigungen zu nutzen, spüren, daß sie „der dumme Rest“ sind wie einst die DDR-Deutschen. Daher lautet die Grundfrage auch: Haben wir es tatsächlich nur mit dem Problem der politischen und militärischen Grenzen Europas zu tun oder eher mit dem Problem der mentalen und kulturellen Barriere in den Köpfen vieler Menschen, sowohl jener „auf der Straße“ als auch der hinter den Schreibtischen?

Vor einiger Zeit schrieb Josef Joffe in der „Süddeutschen Zeitung“ einen bezeichnenden Kommentar, demzufolge wir in drei Welten gleichzeitig leben. Im ehemaligen Jugoslawien hätten wir das 16. Jahrhundert der Religionskriege, im Rußland das 19. Jahrhundert der imperialen Politik der Stärke und beiderseits des Atlantik schon das 21. Jahrhundert, in dem nicht die Besetzung eines größtmöglichen Territoriums ausschlaggebend ist für die Macht, sondern die neuen Technologien und der Anteil an der supranationalen globalen Wirtschaft. Dieses 21. Jahrhundert hört für Joffe bei Berlin auf, und zwischen Berlin und Moskau – zwischen dem 21. und dem 19. Jahrhundert – ist wiederum ein Vakuum, ein „schwarzes Loch“, eine Welt, die im Blick-

feld des Autors nicht existiert. Nun befürchte ich, daß eine Situation entstehen kann, in der man uns – von Estland bis Bulgarien – gern diesem 19. Jahrhundert im Osten zuschreiben wird. Was heißt wird? Wir werden ihm dauernd zugeschrieben, nicht nur in den Medien, auch in den Äußerungen mancher Politiker im Westen, die gern davon sprechen, daß unsere völlige Eingliederung in Westeuropa eine Ohrfeige für Rußland und eine unerträgliche Bedrohung für die junge russische Demokratie wäre, dagegen nicht viel darüber sagen, daß unsere Länder, die für Rußland wirklich keinerlei Bedrohung darstellen – diese angebliche Bedrohung ist allein eine Bemängelung für Rußlands verletzten Stolz darüber, daß ihm die „Satelliten entlaufen“ sind –, sondern vielmehr den äußeren Rahmen der Europäischen Union und der NATO zur Absicherung ihrer inneren Reformen und der Modernisierung brauchen. Deshalb sollten alle diese Länder so schnell wie möglich Mitglieder beider Institutionen werden; dagegen könnte die Art und Weise der faktischen Einbeziehung in sämtliche Strukturen schon „von innen heraus“ zeitlich gestreckt werden, nach entsprechenden „individuellen Programmen“.

Diese Länder in einem Schwebezustand zu lassen ist gefährlich (um nicht zu sagen unredlich, da Redlichkeit keine allzu überzeugende politische Kategorie ist ...). Wie das in der Praxis aussieht, davon kann man sich etwa anhand der Analysen bekannter Politologen überzeugen. Zum Beispiel der des Chefredakteurs der sozialdemokratischen Monatsschrift „Die Neue Gesellschaft“, Peter Glotz, der schon vor drei Jahren in seiner Zeitschrift recht arrogant einen „Halbmond der Gewalt“, der für den Westen bedrohlichen ethnischen Kämpfe, von Bosnien ... bis nach Wilna skizzierte. Denn dort könne es, seiner Meinung nach, zu einem polnisch-litauischen Krieg kommen. Allein schon Polen und Litauen in die „jugoslawische Logik“ zu zwängen, ist absurd, hat jedoch einen markanten Kontext. Damit werden beide Länder mental aus einem geschlossenen Zivilisationskreis ausgegrenzt. Die Pogrome in Rostock blieben in Glotz‘ Text übrigens unerwähnt, so weit reichte sein „Halbmond der Gewalt“ nicht.

Mir scheint das für uns nicht nur ein Wettlauf mit der Zeit zu sein, sondern auch ein Hindernisrennen. Diese Hindernisse existieren weitgehend in den westlichen Köpfen. Es stimmt nicht, daß man abwarten kann, bis sich alles „von selbst regelt“, hier wird die von mir heute schon beschworene Renaissance der europäischen Idee gebraucht. Europa hat sich bereits mehrmals in seiner Geschichte zusammengeschlossen und ist wieder auseinandergefallen. Es ist keineswegs ausgemacht, daß Sie im Westen und wir im Osten die Chance, die sich uns heute bietet, auch erfolgreich wahrnehmen werden. Meiner Ansicht nach kann die Erweiterung der Europäischen Union und der NATO um die Länder unseres „Zwischeneuropas“ auch auf die Qualität beider Institutionen belebend wirken. Erstens, weil in uns noch die Vitalität von Menschen ist,

die „sich hocharbeiten“, „in die Salons“ aufsteigen wollen. Zweitens, weil eine Ostverschiebung des Westens eine Chance ist, unseren gemeinsamen „Nahen Osten“ – Rußland, die Ukraine, Weißrußland – stärker an das gut funktionierende Westeuropa anzubinden. Als EU- und NATO-Mitglieder müssen die Länder zwischen Ostsee, Adria und Schwarzen Meer offen gegenüber dem Osten sein, weil der Status von „Frontstaaten“ für Länder wie Polen oder die Slowakei selbstmörderisch wäre. Unsere Chance für die Zukunft liegt in der Öffnung nach Osten, aber als Teil des Westens, in dessen Rahmen.

Und zum Schluß: Polen wird manchmal als eine Brücke zwischen Ost und West apostrophiert. Und es war seit eh und je ein Bestandteil der polnischen Geschichtsphilosophie, oder eher der „polnischen Ideologie“. Ich will Sie nicht mit historischen Ausführungen ermüden, möchte aber kurz an die vier Varianten der polnischen Rolle in Europa erinnern.

Vor tausend Jahren, als sich Otto III. und Boleslaw Chrobry begegneten, war Polen ein „Mitarbeiter des Reiches“. So titulierte der Kaiser den polnischen Herzog, der übrigens später mit Waffengewalt gegen Ottos Nachfolger um einen anderen Status als den einer „Verfügungsmasse“ kämpfen mußte. Vor sechshundert Jahren war Polen – in der Union mit Litauen – so etwas wie ein „Zwischeneuropa“: Es gehörte nicht zum Reich, war aber – in sich – mit ihm „kompatibel“ und bildete dreihundert Jahre lang eine Art „Mini-EU“ von Smolensk bis Posen und von Danzig bis Kiew, mit dem Westen verbunden, aber dem Osten zugewandt. Vor zweihundert Jahren, nach der dritten Teilung Polens, war Polen der Leim der Heiligen Allianz, die – über Polens Leiche – Rußland in Europa einführte. Letztendlich hielt dieser Leim nicht ewig, denn 1914 kam es zum Krieg zwischen den Teilungsmächten, der das Wiedererstehen der polnischen Staatlichkeit ermöglichte. Notabene liegt das heutige Polen fast zu hundert Prozent auf dem Territorium des preußischen und des österreichischen Teilstaates im 18. Jahrhundert – minus Lemberg, plus Stettin und Breslau.

Was ist 1945 geschehen? Einerseits geriet Polen infolge des „Verrats des Westens“ in Stalins Einflußzone, als „Belohnung“ für dessen Beitrag zur Niederwerfung Hitlers Deutschlands, andererseits wurde es jedoch tatsächlich nach Westen verschoben und von seinen östlichen Wurzeln abgetrennt. Heute ist Polen westlicher als in den letzten Jahrhunderten. Es hat seine „innere Nachbarschaft“ mit den Russen verloren, es gibt keine russische Minderheit, und die alten intimen Verflechtungen (guten wie schlechten) mit der Ukraine und Weißrußland existieren nicht mehr, trotz der ukrainischen und weißrussischen Minderheit. Dadurch, daß Polen aus dem Osten heute im Westen, in einer „preußischen“ Umgebung wohnen, sind auch sie selbst „westlicher“ geworden als früher. Berlin und Dresden sind ihnen näher als Petersburg und Kiew.

Welche Rolle wird Polen spielen, wenn es

erst sowohl Mitglied der NATO (ob nun in der „weichen“ Variante, von der Professor Geremek gesprochen hat, oder der „harten“, die im Falle einer Zusitzung der amerikanisch-russischen Beziehungen möglich würde) als auch der Europäischen Union geworden ist? Wird es tatsächlich in der Lage sein, aktiv eine positive Ostpolitik zu betreiben, und wird Rußland eine solche Rolle Polens akzeptieren? Bislang gibt es keinen Beleg dafür, daß Rußland es versteht, sich mit seinen ehemaligen Kolonien oder Vasallen partnerschaftlich zu verstetigen. Das ist für Rußland einfach eine unbekannte Erfahrung. Von daher erklärt sich auch das Vakuum in der russischen Politik gegenüber Polen. Tschechien oder Ungarn, einer Politik der Obstruktion und beleidigten Gesten, gleichsam, als ob es ehrenhaft wäre, einen ehemaligen Vasallen als Gleichberechtigten zu behandeln.

Was geschieht also, wenn wir erst vollberechtigte Mitglieder der westlichen Strukturen sind? Wird es dann zu einer eigenartigen Konkurrenz zwischen Polen, Deutschland, Frankreich beim Wettlauf nach Osten kommen? Ein wirtschaftlicher oder technologischer Wettlauf könnte produktiv sein. Ist es jedoch möglich, die – schließlich auch unvereinbaren und konkurrierenden – Interessen so aufeinander abzustimmen, daß Polen in den westlichen Plan der Zusammenarbeit mit Rußland hineinpaßt? Ich fürchte, daß eine solche Perspektive heute noch nicht besteht. Die westlichen Länder konkurrieren miteinander und verhalten sich in Sicherheitsfragen gegenüber Rußland sehr unterschiedlich. So bewerteten sie den Fall Tschetscheniens verschieden – als innere Angelegenheit, beschämend und moralisch schwer akzeptabel, aber vor dem Hintergrund globaler Interessen doch zweitrangig. Daher stellt sich die Frage: Wird die Erweiterung der Europäischen Union um Polen und – in Zukunft – um den ganzen Staatengürtel von Estland bis nach Bulgarien Westeuropa stärken oder in seinem Wettlauf mit Asien und Amerika schwächen?

Wer weiß, vielleicht sind unsere Länder wegen unseres Rückstandes, aber auch des Willens zu einem „großen Technologie- und Zivilisationsprung“ – gerade auch für den Westen eine Chance für ein bißchen Bewegung in Europa, ein Katalysator für irgend eine neue Beschleunigung und Modernisierung durch Improvisation, Unternehmungsgeist und Selbständigkeit.

Abschließend möchte ich Ihnen nochmals ganz herzlich gratulieren zu Ihrem Jubiläum, das ein bißchen auch das unsere und meine ist. Und lassen Sie mich noch die Hoffnung aussprechen, daß auch noch das 100. Gementreffen gefeiert werden wird – in Gemen und zugleich in Danzig –, gedenkend, erinnernd und in der Wirklichkeit eines vereinten Europa ... Vielleicht wird dann einer der jungen hier Anwesenden sagen, daß ein Grundstein dieser europäischen Zukunft vor 100 Jahren auch in Gemen gelegt und daß sie dort schon vor 50 Jahren gelebt wurde. Das wünsche ich mir, und dafür danke ich Ihnen aufs herzlichste.

Der Beitrag der Kirchen zum Dialog in Ostmitteleuropa

Fortsetzung von Seite 12

■ Anschließend äußerte sich, als Vertreter der orthodoxen Kirche, **Dipl.-Theol. und Diakon Nikolaus Thon**, persönlicher Mitarbeiter des in Düsseldorf ansässigen orthodoxen Bischofs Longin. Er bestätigte die Ausführungen von Erzbischof Kiivit zum „*homo sowjeticus*“. In Rußland seien die Auswirkungen nach zwei Generationen, die vom Kommunismus geprägt sind, noch weitaus schlimmer einzuschätzen, denn der



Kampf gegen die Kirchen war länger und brutaler. Aber es gibt heute einen spürbaren Aufbruch hin zur Religiösität – oder vorsichtiger – zu kirchlichem Leben.

Zur Zeit der 1.000-Jahr-Feier der Taufe des Rus im Jahr 1988 wurden auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR rund 6.800 Gemeinden gezählt. Vor dem Hintergrund der danach erfolgten Entwicklungen, beispielsweise dem Wiederaufleben der griechisch-katholischen Kirche in der Ukraine, gibt es heute in den GUS-Staaten einen Zuwachs auf 17.000 Gemeinden unter dem Moskauer Patriarchat, die Anzahl der Klöster stieg von 18 auf 370. Diese Entwicklung ist aber auch nicht unproblematisch. Es fehlt an gut ausgebildeten geistlichen Lehrern, selbst an Bischöfen, und es fehlt an kirchlichen Lehrbüchern. Es herrscht eine große Verunsicherung bis hin zu den Amtsträgern, vor allem gegenüber den pseudochristlichen Bewegungen und deren verbreiteter Literatur und Veranstaltungen.

Ein besonderes Problem stellt das Verhältnis der Orthodoxie zur griechisch-katholischen Kirche und der autokephalen (vom Moskauer Patriarchat unabhängigen) Kirche der Ukraine dar. Es ist belastet durch das Versagen der Ökumene in diesem Jahrhundert. Die Zusammenarbeit mit der römisch-katholischen Kirche und anderen Kirchen, bis hin zu christlichen Sekten, zeigt

unterschiedliche Erfahrungen. Vielfach werden die Wirklichkeiten, Möglichkeiten und Traditionen der orthodoxen Kirche nicht genügend wahrgenommen. Doch gibt es auch gute Beispiele, wie etwa die Zusammenarbeit mit den Franziskanern oder mit der Initiative „Kirche in Not“ von Pater Werenfried van Straaten.

Als ungute Erfahrungen bezeichnete Nikolaus Thon etwa, wenn der römisch-katholische Bischof von Moskau in einem Vortrag in Köln über die Wiedergeburt der Kirche in Rußland spricht, aber die Orthodoxie mit keinem Wort erwähnt, oder wenn ein Missionsschiff auf der Wolga entlangfährt mit der Losung „*Kreuzzug für Christus*“. Hier haben die Menschen schließlich selbst eine Gegenlösung am Ufer auf einem Transparent formuliert: „*Ihr seid etwas spät dran, wir sind schon 1.000 Jahre Christen*“. Aufgabe der Kirchen – so hielt Herr Thon abschließend fest – muß es sein, eine Respektierung der vorhandenen Traditionen zu erreichen.

■ In dem nachfolgenden Beitrag der ukrainisch-griechisch-katholischen (unierten) Kirche stellte **Dr. Nicolas Szafowal** – tätig an der freien ukrainischen Universität in München – fest, daß diese 1596 gegründete Kirche aus einer Reformation hervorgegangen sei. Die Kirche will auf dem Boden der orthodoxen Tradition Christi Auftrag, „daß alle eins seien“, verwirklichen, ist aber dennoch Mitglied der katholischen Kirche und bekennt sich zum Papst als dem „primus inter pares“. Damit hat sie im östlichen Europa oft eine schwierige Stellung einzunehmen müssen.

Durch Stalin wurde die Kirche 1946 zwangsweise in die russische Orthodoxie eingegliedert. Das bedeutete zwar die Ausschaltung der „Amtskirche“, aber nicht die Vernichtung der inneren Kirche. Sie blieb lebendig. Als im September 1989 zu einem ersten großen Gottesdienst der griechisch-katholischen Kirche in Lemberg eingeladen wurde, kamen mehr als eine halbe Million Menschen, die die Lieder ihrer totgeschwiegenen Kirche sangen und ihre Messe feierten.

Die Lage der Kirche hat sich in den letzten Jahren verbessert, obwohl auch sie sich mit

dem Leben in einer pluralistischen Gesellschaft auseinandersetzen muß. Etwa 78 % der ukrainischen Bevölkerung nimmt an den Sonntagsgottesdiensten teil. Die vorhandenen Seminare für den Priesternachwuchs sind überfüllt. Hilfe erreicht die ukrainische Kirche nicht nur von der Caritas und der Aktion „Renovabis“, sondern auch von den Mitgliedern der Kirche in der „Diaspora“. Ca. 3 Mio. Angehörige der Kirche leben im Ausland und helfen mit Geldspenden und persönlichem Einsatz.

Als belastende Probleme beschrieb Dr. Szafowal vor allem die Zerstörung der Menschen durch den Kommunismus, die Tatsache, daß Ökumene nur von den Eliten getragen wird, („... es ist schwer zu vermitteln, daß auch der Nichtkatholik unser Bruder ist...“) sowie die Auswirkungen der über fünfzigjährigen Abkapselung von der übrigen Welt und eine heidnische, teilweise auch kämpferisch atheistische Umwelt. Als Aufgabe der Kirche sieht er es an, ein Zeichen des Glaubens, der Hoffnung und der Liebe zu geben, gemeinsam in Ost und West.

■ Pater Zils fügte noch einige Worte zur Situation der römisch-katholischen Kirche an: Sie wird in Ostmitteleuropa immer eine Minderheitskirche sein. Heute gibt es durch die stalinistische Verbannungspolitik dort fast überall Katholiken. In der Regel suchen die Gemeinden den Priester, teilweise gibt es aber Sprachprobleme, denn in der Ukraine und in Rußland sind viele Katholiken polnischer Abstammung. Vielfach fehlt hier auch eine gewisse äußere Organisation – so muß mancher Bischof sein eigener Sekretär und Türhüter sein.

■ Nach dieser Runde faßte Gerhard Nitschke als Diskussionsleiter die bisherigen Feststellungen zusammen und erbat von den Gesprächsteilnehmern nochmals eine Stellungnahme zu folgenden drei Hauptproblemkreisen:

1. die historische, von Nationalismus geprägte Verknüpfung von Staat und Kirche, aus der die Kirchen sich langsam lösen;
2. die vorhandene Bereitschaft zum Dialog;
3. Möglichkeiten der Kirchen, tragfähig zu werden für ihre Sendung und ihre Aufgaben in einer pluralistischen Welt.

Diakon Thon eröffnete die Antwortrunde aus Sicht der russisch-orthodoxen Kirche: Die Verbindung der Kirche zum Staat müsse differenziert betrachtet werden. In Großstädten wird Pluralismus praktiziert, auf dem Lande ist dies schwieriger. Die großen und wichtigen Aufgaben der Ökumene können nur gelingen, wenn der Dialog der internationalen Gremien über die Eliten hinaus auch die Volkskirchen bewegt.

Für die ukrainisch-katholische Kirche sagte Dr. Szafowal: In seiner Kirche besteht nicht die Verknüpfung von Kirche und Staat, wie es sie in der Orthodoxie gibt, und zwar auch dadurch bedingt, daß die Ukraine selten ein eigener Staat war. Die ukrainisch-katholische Kirche sieht sich als Volkskirche. Dies ist der Hintergrund für ein im



Oktober 1996 in Lemberg stattfindendes Konzil seiner Kirche, das das Ziel der Standortbestimmung hat. Vor allem ist die Kirche dem Volk Gottes verpflichtet und zur Weitergabe von Gottes Wort. Ökumene wird von unten aufgebaut, das Volk muß begreifen, daß die Kirche ein Werk Gottes, die Trennung ein Werk der Menschen ist. Die Menschen müssen glaubwürdiges Bemühen zeigen, daß „alle eins seien“.

Erzbischof Kiivit sieht für die lutherische Kirche Estlands das Selbstverständnis als Nationalkirche als positiv an. Nach der Wende gibt es heute eine gute Zusammenarbeit. Die Beziehungen zwischen den Kirchen sind auf der Basis des ökumenischen Rates der Kirchen freundlich und gut. Eng sind die Beziehungen zu den skandinavischen Kirchen, wie auch zur anglikanischen Kirche und zur lutherischen in Deutschland. Aber nicht zu vergessen sei, daß $\frac{1}{3}$ der Bevölkerung keinen Bezug zum Christentum habe.

Pater Zils stellte fest, daß die jeweilige historisch gewachsene Situation der Kirchen in Ostmitteleuropa respektiert werden muß. Notwendig ist die Bereitschaft zum Dialog in Liebe und Geduld.

zur Wahrung der Identität des Menschen, nicht als Basis des Streits mit anderen Nationalitäten, letztlich aber in der Aufgabe, „in jeder Situation ein Zeugnis christlicher Liebe zu geben“.

Diakon Thon unterstrich das bereits Gesagte und ergänzte es dahingehend, daß er die Solidarität der Kirchen in Europa und auch in Amerika mit den Kirchen Ostmitteleuropas einforderte. Auftretende und vorhandene Probleme müßten in den Familien ausdiskutiert werden. Als gemeinsame Aufgabe aller Kirchen beschrieb er den Kampf gegen den Atheismus.

Pater Zils sieht einen zweifachen Auftrag zum Dialog: zum einen das Gespräch innerhalb der Kirchen und das Gespräch mit der Gesellschaft über ihren Kreis hinaus, zum anderen den Beitrag des einzelnen Christen in den Strukturen, in denen er lebt und arbeitet. Ganz praktisch gehört dazu auch die Begegnung und die alte christliche Tradition der Gastfreundschaft.

Besonders wichtig ist es auch, daß jene Aktivitäten der Kirchen, die schon in der Vorbereitung entstanden sind – wie das Eintreten für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung – von den Kir-

Der Sonntag, der eigentliche Festtag des 50jährigen Gemen-Jubiläums, begann mit einem tief berührenden Erlebnis: dem in der Christus-König-Kirche zu Gemen von sechs deutschen und polnischen Priestern in Konzelebration gefeierten Festgottesdienst in beiden Sprachen, dem der Ehrenpräses und langjährige Geistliche Beirat des Adalbertus-Werkes, Msgr. Johannes Goedeke, als Hauptzelebrant vorstand und in dem – als persönlicher Vertreter des leider am Kommen verhinderten Erzbischofs von Danzig – der Pfarrer der Danziger Marienkirche, Prälat Stanisław Bogdanowicz, predigte. Diese Eucharistiefeier wurde in einer bisher in Gemen noch nicht erlebten Eindringlichkeit eine Feier des Friedens und der Versöhnung, die Deutsche und Polen, die Gemeinde von Gemen und die zum 50. Mal ihre Gastfreundschaft genießenden Gäste, vor dem Altar vereinte. Deutsche und polnische Texte wechselten einander ab, wie im Pfingsterlebnis flossen die beiden Sprachen ineinander, insbesondere in den liturgischen Gesängen, dank der mitreißenden Kantorentätigkeit von Pater Diethard Zils OP, unserem Gast aus Rom.

In dem sich anschließenden Festakt im überfüllten Rittersaal der Burg – der musikalisch durch die CAPPELLA GEDANENSIS mit Danziger Musik umrahmt wurde – überbrachten zunächst einige Ehrengäste Glückwünsche und Grüße, so Prälat Bogdanowicz nochmals die des Erzbischofs und der Kirche von Danzig, der Stadtjugendselbstverwaltung von Düsseldorf, Pfarrer Kaczmarek, die der Kirche in der Patenstadt Düsseldorf, Oberkreisdirektor Pingel die des Kreises Borken und Claudia Gawrich die der Aktion West-Ost im BDKJ. Im Namen der polnischen Gäste sprachen Prof. Januszajtis und Herr Woźniak und sagten Dank für die in Gemen erlebte „Gemeinschaft der Danziger“. Als Nachtrag zu den vielen Grußworten – darunter von hohen Repräsentanten in Kirche und Gesellschaft –, die uns schon vor dem Jubiläumstreffen erreichten und die in der zum 50. Gementreffen erschienenen Festschrift veröffentlicht wurden, erhielten wir in Gemen selbst noch einen Brief des Präsidenten der Stadt Danzig, Tomasz Posadzki, sowie ein Grußwort des Vorsitzenden des Bundes der Danziger, Helmuth Roick.

Der polnische Publizist Adam Krzeminski – in diesem Jahr schon zum fünften Mal als Redner in Gemen – hielt dann die Festansprache zum Thema „Zukunft Europa – ein gemeinsamer Weg“, die in diesem adalbertusforum im Wortlaut wiedergegeben ist.

In seiner Schlussansprache verwies der Vorsitzende des Adalbertus-Werkes, Gerhard Nitschke, auf die seit dem ersten Gementreffen 1947 stetigen Bemühungen der Danziger Katholiken um den europäischen Fragenkomplex, insbesondere um Ausgleich und Versöhnung mit Polen. Er erinnerte dabei im besonderen an den großen Mentor der Gemeinschaft in dieser Arbeit, Prof. Lenz-Medoc, der in seiner letzten Ansprache in Gemen beim 40. Treffen noch dazu aufgefordert habe, „den gemeinsamen Geist



**Pater Diethard Zils OP, Erzbischof Jaan Kiivit, Gerhard Nitschke,
Dr. Nicolas Szałkowski, Dipl.-Theol. Nikolaus Thon.**

In einer letzten Runde der Gesprächsteilnehmer ging es dann um den möglichen Beitrag der Kirchen zum gesellschaftlichen Dialog für den Aufbau Gesamteuropas.

Erzbischof Kiivit begann: Land und Kirche Estlands sind klein. Die treue Erfüllung ihrer Aufgaben ist der wichtigste Beitrag der Kirche zur Heilung der Menschen, zum Aufbau einer humanen Gesellschaft und zur Bewahrung der christlichen Seele Europas.

Dr. Szałkowski sieht den Beitrag der Kirchen in der Wiederbelebung der christlichen Tugenden, in der Predigt der Liebe im Wort und Tat, in der Pflege der alten christlichen Aufgaben, in der Caritas und in der Präzisierung des Begriffes der Nation als Hilfe

chen weitergepflegt und innerhalb Europas ausgeweitet werden.

Der Diskussionsleiter dankte allen Beteiligten für ihre Beiträge und wies darauf hin, daß der „dialogische Prozeß“, um den es auch an diesem Vormittag ging, gerade erst vor sieben Jahren begonnen habe, seitdem im Osten Europas Freiheit herrsche. In der Diskussion sei deutlich geworden, daß es nicht um den Beitrag der Kirchen als Institutionen sondern letztlich um die Beiträge der Glieder der Kirchen gehe, und daß wir alle dazu aufgerufen seien. Im Wissen um die mitwirkende Gnade Gottes – die wir jedoch immer wieder erbitten müssen – gäbe es Anlaß zur Hoffnung für die Zukunft.

Georg Domansky



zu erkennen, der Europa tragen muß!" In Anknüpfung an die bereits 1947 von der Burg Gemen aus an die Jugend Polens in Danzig gesandte Versöhnungsbotschaft wurde am Schluß des Festaktes dann von den deutschen und polnischen Teilnehmern eine gemeinsame „**Erklärung aus Anlaß des 50. Gementreffens**“ beschlossen (siehe Kasten).

Der zweite Teil des Sonntags war dann dem Feiern vorbehalten. Zunächst gab es einen

bei vielen Teilnehmern jedoch direkt in das Abschiednehmen überging. So geleiteten wir auch unmittelbar nach dem Konzert gemeinsam die große Gruppe der schon am Mittwoch angereisten Gäste aus Danzig zu ihrem Bus, die nach einem sicher für sie unvergesslichen Erlebnis der Gemeinschaft in diesen Jubiläums-Gementagen nun ihre Heimreise über 1.100 km durch die Nacht antraten.

Die „Übrigbleibenden“ saßen noch lange

Der Jubiläums-Festtag in Gemen

Empfang bei allerlei Getränken in der Burghalle, der Gelegenheit gab zum Gespräch mit den Gästen und persönlicher Begegnung. Manche Erinnerungen wurden dabei wachgerufen, waren doch diesmal wieder viele dabei, die jahrelang nicht nach Gemen gekommen waren, darunter auch über 20, die das erste Gementreffen miterlebt hatten. Ein festliches Mittagessen schloß sich an, dem dann die feierliche Danziger Vesperandacht in der Gemener Klosterkirche mit Prälat Goedeke folgte, die zur Tradition der Gementreffen seit ihrem Beginn gehört.

Höhepunkt des Nachmittags war dann das Große Burgfest, bei dem Alt und Jung – teilweise in alten Kostümen – Vergangenheit und Gegenwart bei Spiel und Gesang und vielen Darbietungen aus dem Repertoire der 50 Gemenjahre miteinander zu verbinden versuchten, und über das gesondert berichtet wird. Den „krönenden“ Abschluß bildete schließlich das abendliche Konzert der CAPPELLA GEDANENSIS mit Danziger Musik im Rittersaal, das schon im Leitartikel dieser Ausgabe Würdigung erfuhr.

Es war ein großer, in allen Teilen gelungener und in seiner Gestaltung dem Anlaß sicher angemessener Festtag, der nach dem rauschenden Beifall für die CAPPELLA

in gemütlicher Runde beisammen – im Gespräch auch mit den jungen Musikern, die erst am nächsten Tag nach Danzig zurückfuhren. Es blieb ein Gefühl tiefer Dankbarkeit für diesen Tag und dieses Treffen, das am nächsten Morgen im Dankgebet während des Abschlußgottesdienstes seinen Ausdruck fand, den der neu gewählte Geistliche Beirat des Adalbertus-Werkes, Pfarrer Magino, in Konzelebration mit Pater Zils in der vertrauten Michaels-Kapelle der Burg mit uns feierte.

G. N.



Erklärung aus Anlaß des 50. Gementreffens

Bei ihrem ersten Gementreffen 1947 haben über 400 junge Danziger Katholiken durch eine Botschaft an die Jugend Polens in ihrer Heimat Danzig der Bereitschaft zur Versöhnung und der Hoffnung auf Freundschaft zwischen Polen und Deutschen Ausdruck gegeben.

Beim 50. Treffen – vom 3. bis 8. Juli 1996 – haben auf der Burg Gemen Deutsche und Polen – polnische und deutsche Danziger – miteinander über die Zukunft Europas nachgedacht. Sie bekämpften gemeinsam die Absicht, für eine dauerhafte Versöhnung zwischen dem polnischen und dem deutschen Volk und einer Zukunft Europas in Frieden und Freiheit einzutreten.

Borken-Gemen, den 7. Juli 1996

*Gerhard Nitschke, 1. Vorsitzender
Adalbertus-Werk e.V.*

*Adalbert Ordowski, Sprecher
Adalbertus-Jugend*

*Jan Winklewski, Vorsitzender
Gesellschaft Polen-Deutschland in Danzig*

*Adelheid Orawiec
Bund der deutschen Minderheit in Danzig*



Von links: Oberkreisdirektor Pingel, Prälat Goedeke, A. Krzeminski, Prof. Winklewski, Pfarrer Kaczmarek.

Predigt im Festgottesdienst

von Prälat Stanisław Bogdanowicz, Danzig

Sehr geehrte Mitbrüder – Danziger Priester!

Liebe Schwestern und Brüder!

Der Botschaft des Erzbischof und Danziger Metropoliten, die schon im *adalbertusforum* herausgegeben wurde, möchte ich Grüße von Danzig und von unserer Gemeinschaft hinzufügen, die die Basilika zu St. Marien in Danzig um sich vereint.

Die Archikathedrale Basilika zu St. Marien wird oft als „Krone der Stadt“ bezeichnet. Die Basilika ist das Symbol Danzigs. Nach der Zerstörung wieder aufgebaut, verbindet sie heute die Vergangenheit mit der Zukunft. Sie ist Begegnungsstätte für viele Menschen, darunter hauptsächlich Deutsche und Polen.

Im Bewußtsein dessen, daß man heute an verschiedenen Punkten der Welt auf Quellen des Hasses, des Antichristentums, des Antisemitismus, der Verachtung von Glauben und moralischen Werten sowie der Menschenwürde treffen kann – wie wir hier in Gemen gehört haben – möchten wir eine neue Partnerschaft zwischen den Menschen aufbauen, die auf Wahrheit, Achtung der eigenen Identität und Individualität sowie auf Zusammenwirken beruhen soll.

Ihr Danziger Katholiken aus der Bundesrepublik Deutschland seid für uns die Leitbilder, Ihr, die Ihr Euer Vaterland verlassen mußtet, vertrieben durch Beschlüsse der Großmächte, doch der Heimat stets treu ergeben und so sehr nach Aussöhnung strebend und das über den Zeitabschnitt hinweg, als uns die Kontakte zueinander durch die Beschränkungen des totalitären Kommunismus erschwert wurden.

Der Apostolische Visitator der Danziger hat im „Heimatbrief“ geschrieben: „Das ist mehr als Nostalgie und auch mehr als ganz legitimes Heimweh. Unser Glaube ist nicht durch gelehrt Erwachsenen-Bildungsseminare geprägt worden, sondern durch die Besuche unserer Kirchen an der Hand der Mutter und durch die Beicht- und Kommunionkatechesen unserer Priester.“

Heimat ist etwas vom Naturrecht verbürgtes! Recht auf Heimat ist eines der von Gott geschenkten Grundrechte der Menschheit!

Die Liebe zur Heimat ist von Gott selbst in die Seelen der Menschen hineingesenkt. Und obwohl Sie heutzutage in vielen Städten und Orten der Bundesrepublik Deutschland wohnen, gibt es immer noch diese eine Stadt, die Sie alle, Schwestern und Brüder, miteinander verbindet, die Sie immer – trotz der vergangenen Zeit – in Erinnerung haben. Diese Stadt ist immer Danzig!

Und jetzt, wie in den Jahren vorher, wollen

wir zusammen mit den heutigen Danzigern Gott loben, vor dem Christusaltar versammelt. Gerade wir, die wir Gott und der Kirche treu geblieben sind, treu den Werten, die wir in dieser Stadt kennengelernt haben, bauen wir jetzt den Dialog zwischen einzelnen Menschen und ganzen Völkern.

Persönlich angeregt durch Euer Vorbild wollte ich meinerseits einen kleinen Backstein zum Bau der Wahrheit in den gegenseitigen Kontakten beitragen, weshalb ich mich anschickte, eine Monographie über Bischof Dr. Carl Maria Splett zu erarbeiten, unter dem Titel: „Carl Maria Antonius Splett, Danziger Bischof der Kriegszeit, Sondergefänger der Volksrepublik Polen“.

Der zweite Bischof von Danzig – ein Opfer wechselnder Regime!

Wie Dr. Helmut Juros im Rheinischen Merkur (Nr. 46/1995 v. 17. 11.) geschrieben hat: „Der Fall Splett steckt schon lange – wie ein Stachel im Fleisch der kirchlichen Zeitgeschichte – und belastet das Verhältnis zwischen der deutschen und der polnischen Kirche. Seine Aufarbeitung tut not, steht aber nicht unter dem Zwang, nur nach rückwärts zu blicken. Von einem solchen Zwang wurden wir durch die christliche Versöhnung zwischen den deutschen und polnischen Katholiken befreit. Der vor dreißig Jahren als irreversibel, durch die Formel der Vergebung neu bestimmte Ausgangspunkt eröffnete auch den Weg der Wahrheitsfindung über die historischen Vorgänge. Deshalb darf der Fall Splett kein Stolperstein in der Aussöhnung zwischen Polen und Deutschland im gemeinsamen Europa sein.“

Gestatten Sie mir, Ihnen mein Buch zu überreichen, das dem zweiten Danziger Bischof, Dr. Carl Maria Splett, gewidmet ist.

Liebe Schwestern und Brüder! Danziger Katholiken!

In dieser Kirche spreche ich den Wunsch aus:

Gott möge alle Danziger segnen und sie durch seine Gnade stärken! Ich versichere Sie des ständigen Angedenkens in unseren Gebeten in Danzig, besonders in der St. Marien Basilika!

Mag das heiligste Herz Jesu – das allen offen steht – unseren Glauben vermehren die Hoffnung stärken und die Liebe entzünden! Amen



Betende Gemeinschaft

Neben dem Festochamt am Sonntag – Höhepunkt der kirchlichen Feiern des 50. Gementreffens – ließen auch die anderen Gottesdienste wieder eine Gemeinschaft erfahren, die in diesen Tagen im besonderen aus dem Gebet Kraft gewann für die geistige Arbeit und das geschwisterliche Gespräch, wie auch Freude für die Stunden der geselligen Begegnung und des kulturellen Erlebens, angefangen bei der Eröffnungsmesse am Donnerstagmorgen – die Pfarrer Goedeke bereits mit vier weiteren Priestern aus Deutschland, Polen und Kroatien konzelebrieren konnte – über die gemeinsamen Morgen- und Abendgebete, bis zum sehr lebendigen Familiengottesdienst am Freitagabend. Da stand das Modell einer großen Burg aus dem Kinderprogramm vor dem Altar. „Bist Du ein Haus aus dicken Steinen ... stets ein Zuhause Tag und Nacht?“ sangen wir zur Eröffnung. Kinder erzählten, was eine solche Burg so bieten kann an Schutz und Geborgenheit, und Pfarrer Magino sprach dann von der Geborgenheit, die wir in Gott finden können.

Ein ganz besonderes Gepräge hatte dann auch in diesem Jahre wieder der traditionelle Wortgottesdienst am Samstagabend. In ihn flossen die Gedanken und Anliegen des Vormittags dieses Tages ein, in dem es thematisch um den Beitrag der Kirchen zum Dialog in Ostmitteleuropa ging. Es war ein



ökumenischer Gottesdienst, der Zelebranten und Mitfeiernde aus vier Kirchen und neun Nationen miteinander unter dem Wort aus dem Johannes-Evangelium vereinte: „... sie sollen vollendet sein in der Einheit, damit die Welt erkennt, daß du mich gesandt hast.“ (Joh 17, 23/2) Ranghöchster Geistlicher war der lutherische Erzbischof von Estland, Jaan Kiivit. Er und seine Mitzelebranten sprachen das Vaterunser und den Segen jeweils in der Sprache ihres Landes und ihrer Kirche. Texte und Lieder, Zeichen und Symbole, wie auch die Begeisterung der Mitfeiernden ließen einmal mehr in Gemen diesen Abend zu einem besonderen religiösen Erlebnis werden, das auch wieder in einem beträchtlichen Opfer für die Dorotheenkirche in Danzig-Nenckau seinen konkreten Ausdruck fand. **V.N.**



Erinnerung an den Gründer

Am Ende der Schlußansprache in Gemen wurde noch einmal im besonderen der Gründer der Gementreffens, Prälat Prof. Dr. Wothe, gewürdigt und der Festversammlung ein Gedenkblättchen präsentiert, das das Adalbertus-Werk aus Anlaß des 50. Gementreffens zur Erinnerung an ihn herausgegeben hat. Es zeigt außen die „Schöne Madonna“ aus der Danziger Marienkirche und enthält ein Bild unseres ehemaligen Apostolischen Visitators, sowie einen Text über sein Leben und das Wirken für die Danziger Kirche im allgemeinen und das Adalbertus-Werk im besonderen, der mit den letzten Worten schließt, die er selbst in seiner Festansprache beim 45. Gementreffen 1991 an uns gerichtet hat (siehe rechts).

Die Gedenkblättchen sind uns in Gemen quasi „aus den Händen gerissen“ worden, vom Rest wurde dann je eins den an Danziger Katholiken versandten Exemplaren der FESTSCHRIFT beigefügt. Inzwischen sind 1.000 Stück nachgedruckt worden. Wer also noch eins oder mehrere dieser Gedenkblättchen haben möchte, um sie an Angehörige weiterzugeben, möge bitte an die Geschäftsstelle schreiben, wir bitten jedoch um Beifügung des Portos von 1,- DM in Briefmarken.

In der FESTSCHRIFT ZUM 50. GEMENTREFFEN waren die Grabplatten von Bischof Dr. Splett und Prälat Dr. Behrendt abgebildet. Inzwischen ist – rechtzeitig zum 2. Jahresgedächtnis am 28. August – auch die Grabstätte von Prälat Dr. Wothe auf dem Friedhof in Söder bei Hildesheim fertig hergerichtet und mit einer bronzenen Grabplatte versehen worden, von der uns Frau Völschow ein Foto zusandte. Möge beides – das Gedenkblättchen und die Ab-

bildung der Grabstätte – dazu beitragen, daß die Erinnerung an Prälat Dr. Wothe in unseren Herzen wach bleibt, dessen Wirken der Kirche Danzigs in der Vertreibung und unserer Arbeit ihr besonderes auf die Zukunft ausgerichtetes Profil gab.

„Ich befürchte, daß wir im Zuge einer falsch verstandenen Ökumene – oder aus welchen Gründen auch immer – etwas vergessen: die schützende Hand der Gottesmutter, die unser Volk auch immer in ganz besonderer Weise verehrt hat. Man braucht nur die Geschichte einmal aufzublättern und wird sagen, die christliche Geschichte Deutschlands ist auch eine



Geschichte Mariens gewesen. Und daselbe kann man von Polen sagen. Wenn auch die Ausprägung der marianischen Frömmigkeit den Volksmentalitäten entsprechend verschieden ist, sollten wir in einem aber gleich sein: wir wollen uns unter den Schutz der Gottesmutter stellen und unter ihrem Schutzmantel in die Zukunft gehen: eine Zukunft, die wahrer Frieden ist und eine Zukunft, die wirkliches Glück bedeutet.“



Vor 10 Jahren, beim 40. Gementreffen, gab es eine große Ausstellung unter dem Thema „Mit Tradition in die Zukunft“, die damals als Dokumentation unserer bisherigen Arbeit großen Anklang gefunden hatte und in der damaligen Festschrift ausführlich beschrieben worden ist.

So war es selbstverständlich, daß auch für das „Goldjubiläum“ eine Ausstellung geplant wurde. Doch wurde es ein hantes Stück Arbeit, neben der thematischen und organisatorischen Vorbereitung des 50. Gementreffens an sich – sowie neben der Herausgabe der Festschrift – auch noch die Gestaltung dieser Ausstellung in den Griff zu bekommen. Zwar gab es ja im Büro des Adalbertus-Werkes noch die zwei dutzend Bildtafeln vom 40. Gementreffen, und so bestand zunächst die Absicht, diese Ausstellung für das 50. Treffen einfach mit einigen Tafeln mit den Inhalten und Entwicklungen der folgenden 10 Jahre zu ergänzen.

Recht bald kam jedoch bei der ersten Planungsbesprechung der Arbeitskreis unserer Gemeinschaften zu dem Ergebnis, daß das nicht möglich war: Zwar konnte man manche Fotos von der alten Ausstellung wiederverwenden, aber im Grunde mußte zum 50. Gementreffen sowohl die inhaltliche als auch die optische Konzeption der Ausstellung völlig neu erarbeitet werden, so sehr hatten sich einerseits in den vergangenen 10 Jahren – insbesondere durch die „Wende“ – manche Sichtweisen der Geschichte und die Chancen in Hinblick auf die Ansprechpartner einer solchen Ausstellung erweitert, andererseits aber auch die Anforderungen und technischen Möglichkeiten der Darstellungsweise verändert.

So wurde mit großer Sorgfalt und Mühe eine neue Ausstellung vorbereitet. Ein Team von etwa zehn Leuten machte sich an die Arbeit und opferte viele Stunden Freizeit. Hunderte von Fotos wurden gesichtet und vergrößert, Dokumente ausgewählt und ko-

Ausstellung zum 50. Gementreffen

pierter, Bildunterschriften und Texte verfaßt und teilweise ins Polnische übersetzt; und dann wurde an mehreren Wochenenden im zur Werkstatt umfunktionierten Architekturbüro in Düsseldorf zugepaßt und Tafel für Tafel gestaltet, schließlich jedoch noch in Gemen bis in die letzten Minuten vor Beginn des Treffens beschriftet, geklebt und aufgebaut.

Der Aufwand hat sich aber nach Meinung der vielen Besucher in Gemen gelohnt: die

während des 50. Gementreffens nun unter dem neuen Thema „ERINNERUNG BEWAHREN – ZUKUNFT GESTALTEN – 1947–1996“ gezeigte Ausstellung wurde allenfalls als ein ganz besonderer Beitrag zum Jubiläum gewürdigt, insbesondere auch von unseren Gästen. Sie gibt auf 51 Bild- und Texttafeln – letztere, sowie alle Titel der Tafeln, in deutscher und polnischer Sprache – einen vielfältigen Einblick in die Geschichte der Kirche Danzigs in der Vertreibung, in Kontext gestellt zur Zeitgeschichte in Deutschland und Polen. Dazu gehören eine lückenlose Dokumentation aller Gemen-Einladungen und Gemen-Berichte – veröffentlicht in den verschiedenen in den 50 Jahren erschienenen Zeitschriften „Wir von der Weichsel“, „Heimatbrief“ und „adalbertusforum“ – sowie auch Exemplare aller herausgegebenen Bücher und anderen Arbeitsmaterials.

Die Ausstellung ist in 18 Themengruppen gegliedert: diese führen im einzelnen von den Wurzeln (dem unzerstörten Danzig) über die Entwurzelung durch Zerstörung, Flucht und Vertreibung bis zum Wiedererstandenen Danzig als Ort der Geschichte und Heimat aller Danziger. Dazwischen spannt sich ein weiter Bogen von Erlebter Geschichte nach 1945, unter dem die 50 Gementreffen mit ihren Inhalten und Referenten, die Kirche als Heimat mit ihren Hirten und den praktizierten Formen Betender Gemeinschaft, sowie alle Facetten der Wirksamkeit in 50 Jahren von Adalbertus-Werk und Adalbertus-Jugend mit den Köpfen der Gemeinschaften dargestellt werden – insbesondere auch Neue Chancen der Arbeit durch die seit der „Wende“ entstandene Brücke nach Danzig und im Blick nach Ostmitteleuropa.

In Kürze soll die Ausstellung noch in Düsseldorf gezeigt werden. Im Frühjahr 1997 wird sie dann zur 1000-Jahr-Feier in Danzig im Chorraum der Trinitatiskirche aufgebaut werden, wo sie während des Jubiläumsjahrs der Stadt voraussichtlich bis zum Herbst zu sehen sein wird.

G. N.



In höfischer Tradition

Burgfest des 50. Gementreffens

„Herzlich willkommen heiße ich die Hoheiten von den Schlössern an der Weichsel und die Abgesandten der Marienburg“, so begrüßte „Burgvogt“ Bernhard Schönhofer die versammelte Festgemeinde. Trommelwirbel begleitete diese auf ihrem Zug von der Hauptburg zur Vorburg. Viele Gäste hatten sich der höfischen Etikette verpflichtet gesehen und sich in mittelalterliche Schale geworfen.

Das Burgfest, vom Vorbereitungskreis unter den Rahmen mittelalterlicher Ritterspiele gestellt, bildete somit den Höhepunkt des 50. Gementreffens. In der Liste der Ehrengäste nahmen in der Folge der ehemalige geistliche Hofrat Johannes Goedekte und sein Nachfolger Paul Magino besondere Plätze ein. Ganz besondere Erwähnung fand die Tatsache, daß Hubert Erb als einziger alle Gementreffen mitgemacht hat. Er wurde zum „makel- und lückenlosen Edelritter“ geschlagen.

Der Herold Bernd Schönhofer führte danach durch das Programm, das von den „liebreizenden“ Vortragkünsten der Minnesänger eingeleitet wurde. „Gemen-Hits“ aus 50 Jahren bewegten die Herzen der Anwesenden. Aus dem Munde des Hoflitteraten entsprangen Worte von Joseph Frei-



herr von Eichendorff, gefolgt vom „Klipper-Klapper-Tanz“ des höfischen Jungvolkes. Im edlen Wettstreit der Ritterspiele hatten die Festgäste dann Gelegenheit, ihre ritterlichen Tugenden zu zeigen, während die Gaukler auch die nicht waffenfähigen Altadeligen mit ihren Kunststücken unterhielten. In Ermangelung von Siegerkränzen überreichte Prinzessin Melisane den Siegreichen jeweils einen Schokoriegel.

Seinen Höhepunkt fand das Fest in der Bekanntgabe, welchen ihrer Freier die Prinzessin zu ihrem Gemahl erwählt habe. Weise entschied sie sich gegen den Sänger

Waldemar und Norbert von der Vogelweide, um mit der Wahl des armen Bauernsohnes Martinus ihre „Option für die Armen“ zu bekunden. Während sich also der Adel über die Zukunft des Herrscherhauses keine Gedanken mehr machen mußte, endete das Fest mit den Spielen für das gemeine Volk, wie Sackhüpfen und Reiterkämpfen auf der Wiese. Der Dank aller ging zum Abschluß an die Familie derer von Schönhofer, als denen, die das Fest so wohl bestellt hatten.

Der Chronistinnenpflicht Genüge getan von **Monika Wienhold-Quecke**

Splitter vom Kinderprogramm

* Umziehen mußten die Kindergartenkinder, denn der Raum reichte nicht aus für die große Überraschung: Eine begehbarer Ritterburg aus Pappe mit Türen und Toren hatte Alfred Ordowski mitgebracht. Überhaupt waren auch die „Kleinen“ eifrig dabei, sich mit Rittern und Burgen zu beschäftigen und so nicht nur betreut zu werden, sondern sich auf das große Burgfest vorzubereiten.

* Schwer beeindruckt waren die Kinder bei der Burgführung von der Tragödie von Cordula: Cordula hatte keinen Mann, sie liebte einen Sänger, den ihr Vater aber nicht wollte; der hatte einen Ritter für sie ausgesucht. Beide Männer mußten kämpfen, der Sänger wurde getötet. In ihrer Trauer sprang Cordula vom Balkon auf den Burghof und konnte noch bis zur Kapelle kriechen. Diese Spur ist im Winter sichtbar, denn dort bleibt kein Schnee liegen. Ob der Wunsch der Kinder erfüllt werden wird, ein Gementreffen im Winter durchzuführen, um den Wahrheitsgehalt der Geschichte zu überprüfen?

* Eine Art „Arbeitsamt“ gab es für die Schulkinder: Nach der Beschäftigung mit verschiedenen mittelalterlichen Berufen

konnte sich jedes Kind seine „Rolle“ heraussuchen, um diese dann stilecht kostümiert beim Burgfest vorzuführen. Insbesondere die Gaukler waren in jeder freien Minute mit den Proben für ihren Auftritt beschäftigt.

* Eine blutige Angelegenheit waren die Bilder, die die Anfänge des Deutschen Ordens darstellen sollten. Die Schlachten um Akko während der Kreuzzüge und die weitere Entwicklung des Ordens zwischen Krankenpflege und Rittertum führten die Kinder dann zur Marienburg, dem Mittelpunkt des Ordensstaates in der Nähe von Danzig.

Monika Wienhold-Quecke



Jugendprogramm

Das Jubiläumstreffen der Danziger Katholiken auf der Burg Gemen war ein Treffen der Superlative: größte Teilnehmerzahl seit Jahren, eine große Zahl von Prominenz und vor allem ein nie dagewesener Anteil an polnischen Gästen. Das zusätzliche Novum in diesem Jahr, daß auch zahlreiche jüngere Gäste aus Polen dabei waren. Sie bereichert durch ihre Gegenwart das Programm der Jugendlichen bis 20. Einziger Wermutstropfen: Die Verständigung war nicht ganz leicht, weil nur wenige von ihnen Deutsch sprachen.

Durch das facettenreiche Programm und die vielfältigen Methoden, die eingesetzt wurden, ließ sich dieses Defizit jedoch auffangen. Der Einstieg am Donnerstagvormittag wurde zusammen mit den Erwachsenen gemacht: die Erinnerung an die Zeiten der Wende. Mütter, Priester, Arbeiter, Verlierer und Gewinner der Wende, Zuschauer und Engagierte in der Begegnung erzählten von den Spuren, die die politischen Umbrüche in ihrem Leben hinterlassen hatten.



Am Nachmittag wurde es dann ernst. Der Bilanz europäischer Öffnung folgte die Bilanz des Scheiterns. Ruth Baroch, Bergisch Gladbach, ließ die Jugendlichen nachspüren, was es heißt in einem Krieg zu leben, wie er in Ex-Jugoslawien gewütet hat. Das Tagebuch der Zlata Filipovic „Ich bin ein Mädchen aus Sarajewo“ bot dafür eine hervorragende Grundlage. Eindrucksvoll zeigt es, wie sich in das ganz normale Leben einer Jugendlichen plötzlich Schüsse mischen und eine Hiobsbotschaft nach der anderen ihr Leben völlig verändern. In einem Rollenspiel versuchten schließlich die Teilnehmer selber den Alltag einer Familie in dieser Zeit nachzuleben.

Der Freitag war dann der europäischen Union gewidmet. Unter dem Motto „Europa – bürokratisches Monstrum oder schöne neue Welt?“ erörterte Matthias Graner, Magdeburg, mit den Jugendlichen Sinn und

Unsinn der EU und ihrer Bestimmung. Höhepunkt des Tages war eine Exkursion in die Gemener Fußgängerzone. In einem Supermarkt untersuchte die Gruppe, wie sich die Vorschriften über Zutaten, Herkunft etc. der Lebensmittel widerspiegeln.

Um Spiritualität und Religiösität ging es dann am Samstagvormittag mit Verena Großmann, Langenhagen, unter dem Thema: „Ich glaub nix, mir fehlt nix, da war doch noch was?“ Jeder machte zunächst eine Auflistung, was ihm persönlich am wichtigsten und was ihm heilig ist. Nach einer gewissen Zeit fanden sich alle wieder ein, und jeder las vor, was er dazu geschrieben hatte. Einige nannten den Freund oder die Schwester, andere das Zuhause und die Familie, andere den Garten oder den Wald in der Nähe. Zum Teil diskutierten wir über diese Antworten. Erstaunlicherweise kam aber bei niemandem das Stichwort Kirche vor.

Danach machten wir uns in zwei Gruppen Gedanken darüber, was an der Kirche gut und schlecht ist, und was man daran ändern sollte. Später, als beide Gruppen fertig waren, las jeweils einer vor, was sie geschrieben hatten. Gut fand man das soziale Engagement, der Einsatz für Kindergärten und Krankenhäuser oder für alte Menschen. Kritisiert wurde dagegen der steife Gottesdienst und die strengen Vorschriften, die die Kirche hat. Vielleicht könnte man mit mehr Liedern den Gottesdienst etwas lebendiger machen. Aber ganz einig waren wir uns darüber nicht. Es kam zu vielen Fragen und Diskussionen, da die eine Gruppe mehr von der Kirche hielt als die andere.

Gelernt haben wir dabei, die andere Seite zu verstehen und andere Meinungen zu akzeptieren.

Allen drei Gestaltern des Jugendprogramms gilt der herzliche Dank der Teilnehmer.

In der gut besuchten Jahreshauptversammlung der Adalbertus-Jugend am Samstagnachmittag wurden dann neue Pläne geschmiedet. Im nächsten Jahr wird vor der Gementagung ein Zeltlager geplant, um sich zwischen Deutschen und Polen schon im Vorfeld näher zu kommen und evtl. Sprachbarrieren zu überwinden. Bei den Wahlen wurden Marianne Nipps und Martin Czerwinski als Stellvertreter von Dorothee Vanselow und Adalbert Ordowski bestätigt. Von der Aktion West-Ost ist für August 1997 eine große Begegnung mit allen Mitgliedsverbänden in der Nähe von Dresden geplant. Auch hier wird sich die Adalbertus-Jugend mit Jugendlichen aus Danzig beteiligen. Man darf gespannt sein, wie die Aktivitäten im nächsten Jahr gelingen. **Marianne Nipps / Adalbert Ordowski**

Stimmen aus Danzig

Burg Gemen

Das ist ein Ort, wo sich die Danziger Katholiken des Adalbertus-Werkes jedes Jahr treffen. Dieser Verein ist nicht nur ein Bildungswerk dem Namen nach, er ist es wahrhaftig. 50mal ein Zusammentreffen – das ist eine lange Zeit.

Zum 50. Gementreffen kamen Alte und Junge, Familien und Alleinstehende, Handwerker und Professoren, Priester und Nonnen von nah und fern. Auch wir aus der deutschen Minderheit in Danzig waren dabei. Zum erstenmal war eine so große Gruppe aus unserer Heimatstadt eingeladen.

Wir sind dafür sehr dankbar. Es war ein unwiederholbares Erlebnis. Das Seminar wurde im ökumenischen Sinne durchgeführt. In Gemen trafen Menschen zusammen aus unterschiedlichen Ländern und Kulturen, aber eines hatten sie gemeinsam: die Liebe zu Gott und dem Christentum und den ehrlichen Willen, einen gemeinsamen Weg zu finden. Neuland war für mich – wie auch für viele andere – die Lage der



Christen in Estland, Rußland und der Ukraine, wo praktisch das Christentum von neuem aufgebaut werden muß. Sehr interessant wurden diese Probleme dargestellt vom evangelischen Bischof Estlands und Vertretern der ukrainisch-unierten und russisch-orthodoxen Kirche. Die Arbeit dort ist bestimmt nicht leicht, da die Evangelisation und Bekehrung von der Grundbasis her neu aufgebaut werden muß.

Das Familienleben – dieses Thema war immer der leitende Faden in Gemen, auch wenn darüber nicht direkt gesprochen wurde. Für alle Familienmitglieder war vorgesorgt. Eltern konnten in Ruhe den Vorträgen beiwohnen, sie wußten, daß die Kinder gut versorgt wurden und unter Aufsicht schöne Ferien hatten. Wir hoffen, daß auch Kinder aus der Minderheit an den nächsten Gementreffen teilnehmen werden.

Schon morgens bei der Morgenandacht fühlte man im Gebet die Güte und Friedlichkeit Msgr. Goedekes, der durch all die Jahre die Seele des Adalbertus-Werkes ge-

wesen ist. Wir wünschen ihm, daß er noch viele Jahre in Gesundheit unter uns weilen und auch die Dorotheenkirche in Danzig-Nenckau bald in aller Schönheit fertig bewundern kann. Ich bin überzeugt, daß sein Nachfolger, Pfarrer Magino, sein Werk weiterführen wird und uns allen ein guter Vater und Seelsorger sein wird.

Wir alle danken Herrn Nitschke und all denen, die dieses Treffen gestaltet haben, von ganzem Herzen für die Mühe und Arbeit. Das Treffen in Gemen hat unseren Horizont erweitert. Es war für den Geist und die Seele ein Fest, stimmte uns aber auch nachdenklich.

Janine Karnas

Liebe Freunde!

Wir möchten uns für die Einladung zum 50. Jubiläumstreffen in Gemen sehr bedanken. Wir sind immer noch unter dem Eindruck der phantastischen Atmosphäre, die vor allem Euch, den Organisatoren, sowie den interessanten Rednern zu verdanken ist. Natürlich sind hier auch die Teilnehmer nicht zu unterschätzen! Mit einem Wort – par excellance großartig. Die ausgewählten Themen der Vorträge und Podiumsdiskussionen berührten Probleme, die die Deutschen und die Polen besonders bewegen und interessieren.

Groß und Klein hatten ihre Freude am Burgfest – mit „Pauken und Trompeten“, mit „Musik und Tanz“ – alle haben sich prächtig amüsiert. Die Idee, das Gementreffen mit dem Konzert der CAPPELLA GEDANENSIS zu schließen, ist Euch hoch anzurechnen. Wir danken und hoffen auf ein Wiedersehen in Danzig.

Hela und Wlodek Babiccy, Taina Taurén

Adalbertus-Forum

Die Zeitschrift, die ostmitteleuropäischen Begegnungen unter dem Zeichen Adalberts gewidmet ist, schafft in Deutschland lebende Danziger Katholiken und die Jugend aus Danziger Familien um sich. Die jüngste Nummer der Zeitschrift „Adalbertus-Forum“, die von dem im Bauen deutsch-polnisch-Danziger Brücken unermüdlichen Gerhard Nitschke geleitet wird, ist dem Jubiläumstreffen des Adalbertus-Werkes auf Schloß Gemen gewidmet. In dem Heft finden wir ein Grußwort des Danziger Metropoliten, daneben weitere Grußworte des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Karl Lehmann, sowie anderer kirchlicher Würdenträger und von Bundeskanzler Helmut Kohl. Das Heft bringt interessante Gedanensia, u. a. eine Literaturübersicht von Agnes Miegel bis Paweł Huelle. Gedacht wird auch des Patrons der Bewegung, des heiligen Adalbert. „Immer mehr wird er zum Patron der europäischen Einheit“, der großen Aussöhnung der Völker auf diesem Kontinent, der in zwei mörderischen Weltkriegen so schmerzliche Wunden erlitten hat.

Adalbertiana von Paweł Dzianisz,

„Gwiazda Morza“ 18/96

(Kirchenzeitung der Diözese Danzig)

Kultur und Geselligkeit

Auch neben dem großartigen Abschlußkonzert der **CAPPELLA GEDANENSIS** am Sonntag gab es beim Jubiläumstreffen noch andere Höhepunkte im Bereich von Kultur und Geselligkeit.

So wurde der immer der Kultur vorbehaltene Donnerstagabend diesmal als Novum von den polnischen Gästen gestaltet: Prof. Dr. Januszajtis gab anhand neuesten Bildmaterials Einblicke in den Wiederaufbau des Artushofes und des Uphagenhauses in Danzig. Beide Gebäude sollen im kommenden Jubiläumsjahr wieder zugängig sein. Während die Restaurierungsarbeiten im Artushof fast abgeschlossen sind, wird im Uphagenhaus an der Innengestaltung noch heftig gearbeitet. Einen Vorgeschnack auf künftig wieder mögliche Erlebnisse in diesen von jeher auch der Musik gewidmeten Gebäuden gab **Eva Januszajtis** dann mit der Darbietung von Klaviermusik von dem Danziger Johann Goldberg (1727–1756, ein Schüler von J. S. Bach, der für ihn die berühmten „Goldberg-Variationen“ komponierte) und von Ludwig van Beethoven. Es

war ein Abend, der in besonderer Weise eine Brücke schlug von Gemen nach Danzig.

Auch der gesellige Abend am Freitag hatte diesmal ganz besondere Akzente: zum einen durch manche Erinnerungen an die 50 vergangenen Treffen, die in den Liedern der bekannten „**4 Gemen-Barden**“ und den „**Olivaer Spatzen**“ wachgerufen wurden, zum anderen durch die Beiträge der Gäste vom Bund der deutschen Minderheit in Danzig. Gekleidet in alten Danziger Trachten trugen sie Lieder und Gedichte vor, zeichneten die Verantwortlichen des Treffens mit kleinen selbstgefertigten Gaben aus, und ließen so etwas von der noch heute lebendigen und von der deutschen Minderheit bewahrten Vergangenheit Danziger Volkstums in Gemen spürbar werden.

Ein besonderes kulturelles Erlebnis wurde dann am Samstagnachmittag unseren ausländischen Gästen beschert: während in der Burg die Mitgliederversammlungen stattfanden, fuhren sie zum Otto Pankok-Museum ins nahegelegene Hünxe. Otto Pankok (1893–1966), der von den Nazis verfolgte Künstler, ist vor allem durch sein umfangreiches graphisches Werk berühmt geworden, zu dem ihm zum Teil Menschen aus den Düsseldorfer Elendsvierteln Modell gestanden haben – darunter auch Zi-



geuner und Juden, von denen viele im Dritten Reich ermordet wurden. Brigitte Ordowski hatte diese Fahrt – die mit einer Kaffeepause in Schloß Raesfeld abschloß – mit großer Sorgfalt vorbereitet: jeder Teilnehmer erhielt einen kleinen von ihr gefertigten Katalog in polnischer Sprache. V. N.





Der „alte Vorstand“, von links: Johannes Tucholski, Prälat Goedeke, Gerhard Nitschke, Winfried Derow, Christel Gollmann.

Mitglieder-versammlung

Wie üblich fand am Samstagnachmittag in Gemen die Mitgliederversammlung des Adalbertus-Werkes e.V. statt, diesmal – wie alle vier Jahre – mit dem besonderen Akzent von anstehenden Vorstandswahlen.

Am Beginn gab der Vorstand den Bericht über die Arbeit im Jahr 1995/96. Es hatten Bildungstreffen in Berlin, Braunschweig, München und Gütersloh stattgefunden. Thema war – aus Anlaß des 50jährigen Gedenkens an das Kriegsende – vor allem *Zerstörung und Wiederaufbau Danzigs*, in München *Das Bistum Danzig und sein 2. Bischof Dr. Splett*. Über die traditionelle religiöse Frühjahrstagung in Essen-Werden, sowie über die 2. Deutsch-polnische Studientagung in Danzig im Oktober 1995, wurde ausführlich im *adalbertusforum* Nr. 1/96 berichtet.

Der Vorsitzende berichtete außerdem über seine Tätigkeit als Vorstandsmitglied des Kath. Flüchtlingsrates und der Arbeitsgemeinschaft der Kath. Vertriebenenorganisationen (AKVO). Hauptthemen waren hier u. a. „Renovabis“, sowie Fragen zur Situation der Spätaussiedler.

Der Kassenbericht zeigte eine ausgeglichene Kassenlage, dank der weiterhin großen Spendenfreudigkeit der Mitglieder, durch die letztlich die Bildungsarbeit ermöglicht wird.

Die anstehenden Wahlen, die unter der Wahlleitung von Georg Sturmowski durchgeführt wurden, erbrachten folgendes Ergebnis: neu in den Vorstand gewählt wurde als stellvertretender Vorsitzender *Alfred Ordowski*, als Nachfolger des nach vierjähriger Amtszeit aus gesundheitlichen Gründen zurückgetretenen *Winfried Derow*; wieder gewählt wurden als 1. Vorsitzender *Ger-*

hard Nitschke, als Schriftführerin *Christel Gollmann*, als Kassenwart *Johannes Tucholski*. Der Vorsitzende sprach im Namen der Mitgliederversammlung Winfried Derow herzlichen Dank aus und begrüßte Alfred Ordowski als neues Vorstandsmitglied. Als Mitglied des Arbeitskreises und besonders als Organisationsleiter der Gementreffen trägt er schon seit langem große Verantwortung für unsere Arbeit.

Von besonderem Gewicht war dann der Wechsel im Amt des Geistlichen Beirates, über den gesondert berichtet wird.

Die Planung für das kommende Arbeitsjahr sieht wieder Bildungstreffen an den üblichen Orten vor, beabsichtigt ist auch ein solches in den neuen Bundesländern. Die Studentagungen in Danzig sind nun in jährlicher Folge jeweils Anfang Oktober geplant, sozusagen als Pendant zum Gementreffen bzw. als zweites wesentliches „Standbein“ unserer Arbeit. Im Jahr 1997 wird das Doppel-Jubiläum der 1000-Jahrfeier Danzigs und des Martyrtods des hl. Adalberts thematisch beide Haupttagungen bestimmen. ■

Nachdem er es schon im vorigen Jahr angekündigt hatte, machte Pfarrer Msgr. Johannes Goedeke nun ernst: nach 21jähriger Tätigkeit wollte er bei der Mitgliederversammlung des Adalbertus-Werkes während des 50. Gementreffens sein Amt als Geistlicher Beirat endgültig in jüngere Hände legen. Vor zwei Jahren, in der Nr. 1 des *adalbertusforums* vom Juli 1994, ist aus Anlaß seines 80. Geburtstages versucht worden, sein Wesen, Leben und Wirken für uns etwas ausführlicher zu würdigen, das soll nun nicht wiederholt werden. So sei ihm hier – wie es auch in Gemen geschah – nur noch einmal schlicht unser Dank und Vergelt's Gott für diese 21 Jahre Dienst an Adalbertus-Werk und Adalbertus-Jugend – und damit auch an der gesamten Kirche Danzigs – gesagt und nochmals der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß Gott unserem Pfarrer und brüderlichen Freund Johannes Goedeke – dem die Mitgliederversammlung einstimmig die Würde eines Ehrenmitgliedes und Ehrenpräses des Adalbertus-Werkes verlieh – noch viele gute Jahre bei leidlicher Gesundheit schenke und ihn unserer Gemeinschaft noch lange erhalten.

Nach der Ankündigung des Rücktrittes galt es, während des vergangenen Jahres einen Nachfolger zu finden. Es gab viele Gespräche, Anfragen bei den unserer Arbeit verbundenen Priestern, Beratungen im Kreise des Vorstandes und auch gemeinsam mit der Adalbertus-Jugend. Denn da es seit Jahren schon keinen eigenen Geistlichen Beirat der Jugend mehr gibt, war es wichtig, einen Priester zu gewinnen, der auch diese Aufgabe – wie es Johannes Goedeke seit 1988 tat – mit in den Blick nahm.

In der Mitgliederversammlung am 6. Juli 1996 in Gemen fiel die Wahl nun auf Pfarrer Paul Magino, Pfarrer in Wendlingen in der Diözese Rottenburg-Stuttgart, der nach Rücksprache mit der Leitung seiner Heimatdiözese zur Kandidatur bereit war. Gemäß der Satzung des Adalbertus-Werkes hat der Apostolische Visitator der Danziger Katholiken, Prälat Bieler, die Wahl bestätigt und Pfarrer Magino mit Wirkung vom 6. September 1996 zum Geistlichen Beirat des Adalbertus-Werkes e.V. ernannt.



Gruppenfoto zum 50. Gementreffen.

Nach Prälat Wothe (1960–68), Prälat Manthey (1968–71) und Prälat Goedeke (1975–96) – 1971–75 war das Amt vakant – ist Pfarrer Magino der vierte Geistliche Beirat des Adalbertus-Werkes. Wenn auch von seinen Vorgängern nur der letzte „echter“ Danziger war, so waren doch die beiden andern durch ihren priesterlichen Dienst eng mit Danzig und unserer Heimat verbunden – und zwar schon aus der Zeit vor der Vertreibung. Für den neuen Geistlichen Beirat trifft das nicht zu: weder von

Dank und Willkommen

Zum Wechsel des Geistlichen Beirates

Geburt noch durch Wahl ist er ein Danziger. Erst vor einigen Jahren ist er in Gemen zu uns gestoßen, wie auch viele andere aus unserer neuen Heimat, die unsere Arbeit kennenlernten, unsere Ziele bejahten und dann dem Adalbertus-Werk beitraten.

Wir haben das immer begrüßt und gefördert, sagt doch die Satzung des Adalbertus-Werkes wörtlich: „*Mitglied des Vereins kann jeder werden, der dessen Ziele fördern will.*“ Die Ziele des Adalbertus-Werkes jedoch bedingen keineswegs, daß man sie nur als Danziger fördern kann, im Gegenteil: der Brückenschlag nach Osten im Geiste der Versöhnung, dem sich unser Bildungswerk unter dem Patronat des hl. Adalberts im besonderen widmet, braucht viele Förderer, Mitarbeiter und Beter um des Anliegens willen – aus und in Ost und West. So sehen wir in diesem Schritt, daß nun ein „Nicht-Danziger“ Mitglied im Vorstand geworden ist, einen längst fälligen Schritt zur weiteren Öffnung unserer Gemeinschaft für solche „Sympathisanten“ wie Pfarrer Magino, einen wichtigen Schritt in die Zukunft und auch einen hoffnungsvollen Schritt in das zweite halbe Jahrhundert der „Gemeengeschichte“.

Zwar wird sich das Adalbertus-Werk auch weiterhin „Bildungswerk der Danziger Katholiken“ nennen, weil es in Danzig seine Wurzeln hat und auch dort stets einen besonderen Schwerpunkt seiner Arbeit sieht und sehen wird (inzwischen gibt es in Danzig selbst 30 Mitglieder des Adalbertus-Werkes); aber die Themen unserer 50 Gementreffen geben davon Zeugnis und auch der Untertitel des *adalbertusforums*, „zeitschrift für ostmitteleuropäische Begegnung“ macht deutlich, daß die Intentionen der gesamten Arbeit weit darüber hinaus reichen.

Pfarrer Paul Magino war in diese Arbeit in den letzten Jahren schon eingebunden und hat durch seine Mitarbeit in Gemen – vor allem auch durch seinen priesterlichen Dienst in verschiedenen Gottesdiensten – auch die Herzen der Teilnehmer sehr schnell



Eröffnungsgottesdienst mit dem „alten“ und „neuen“ Geistlichen Beirat; v. l.: Pfarrer Knobel, Prälat Bogdanowicz, Prälat Goedeke, Pfarrer Magino, Prof. Rebić.

gewonnen. Es ist eigentlich fast überflüssig, ihn noch „willkommen“ zu heißen, so sehr fühlt er sich schon in die Gemeinschaft integriert. Dennoch: Dank sei ihm gesagt für die Bereitschaft, nun das Amt des Geistlichen Beirates von Msgr. Johannes Goedeke – der diese Wahl ausdrücklich begrüßt hat – zu übernehmen und damit die Verantwortung für das religiöse Leben, für die Verkündigung des Gotteswortes, für die Spiritualität in unserer Gemeinschaft. Wir

heißen ihn als Vorstandsmitglied in unserem Adalbertus-Werk sehr herzlich willkommen, wünschen ihm von Herzen Gottes Segen für seinen Dienst und viel Freude daran. Seine langjährige Tätigkeit in der Jugendseelsorge läßt vor allem hoffen, daß die unserer Arbeit verbundenen jungen Menschen in ihm einen priesterlichen Freund gewinnen werden, der mit ihnen unsere Anliegen auch in eine neue Generation tragen wird.

G.N.

Nachfolgend stellt sich unser neuer Geistlicher Beirat selbst vor:

„Die Mitgliederversammlung des Adalbertus-Werk e.V., Bildungswerk der Danziger Katholiken, hat mich während des 50. Gementreffens zum Geistlichen Beirat gewählt.

Wie kommt ein geborener Oberschwabe, seit Generationen familiär am Rande der Schwäbischen Alb beheimatet, zu dieser Aufgabe?

Ich will ein wenig davon und von meiner Lebensgeschichte erzählen. Geboren bin ich am 9. April 1951 in Mengen, im Kreis Sigmaringen. Dort bin ich aufgewachsen. Die Schulzeit hat mich nach Leutkirch im Allgäu und nach Ehingen geführt. Katholische Theologie studierte ich in Tübingen und in Wien. Für die Zeit der Priesterausbildung war ich in Rottenburg und in Friedrichshafen, St. Kolumban.

Am 26. 3. 1977 weihte mich Bischof Georg Moser zum Priester. Daran schloß sich die Vikarzeit in Leonberg an mit wichtigen Erfahrungen im Bereich der Jugendarbeit. Das war dann auch für 14 Jahre mein Schwerpunkt in der Arbeit zunächst in der Region Ravensburg, dann bei der KJG meiner Heimatdiözese Rottenburg-Stuttgart, dort anschließend als Diözesanjugendseelsorger und Leiter des Bischöflichen Jugendamtes. Die Hauptversammlung des BDKJ wählte mich 1989 zum Bundespräsidenten, die Bischofskonferenz ernannte mich zum Leiter der Arbeitsstelle für Jugendseelsorge in Düsseldorf.

Seit 1993 bin ich im Gemeindedienst in Wendlingen am Neckar als Gemeindepfarrer tätig.

Das sind viele Orte, viele Daten.

Die Zeit der Jugendarbeit brachte erste Kontakte mit dem Adalbertus-Werk. Als Gast bei verschiedenen Gementreffen, einmal auch als Podiumsteilnehmer, war ich schon berührt von der Versöhnungsarbeit dieses Werkes. Es entstanden persönliche Freundschaften, ich entdeckte für mich mein Interesse an der Aussöhnung aufs neue. So gut es ging wurde ich regelmäßiger Gast.

Auf die Anfrage, ob ich zur Wahl als Geistlicher Beirat kandidiere, gab es für mich nur zu klären, ob sich das mit meiner Hauptaufgabe als Gemeindepfarrer vereinbaren läßt. Das wird gehen. Und so ist es jetzt soweit: Ich bin Ihr neuer Geistlicher Beirat und ich freue mich auf unser Miteinander in unserem Adalbertus-Werk.“

Ihr Paul Magino

VERANSTALTUNGEN

Bildungstreffen im 1. Halbjahr 1997

27. April Gütersloh
8. Juni Elmshorn
6. Juli Braunschweig
Änderungen bleiben vorbehalten.

Tagung von Adalbertus-Werk und Adalbertus-Jugend

im Kardinal-Hengsbach-Haus, Essen-Werden,
Dahler Höhe 29

Termin: 1./2. Februar 1997,

Beginn Sa. 14.30 Uhr, Ende So. 13.00 Uhr

Thema: Sprechen mit Gott – unser Beten

Referent: Pfarrer Paul Magino, Wendlingen

Nach einer Reihe von Tagungen über kirchliche Problemstellungen in den letzten Jahren soll diese Tagung eine rein religiöse sein und dazu beitragen, mehr zu uns selbst zu finden und unser Verhältnis zu Gott zu überdenken. Zugleich wird sie Gelegenheit bieten, den neuen Geistlichen Beirat des Adalbertus-Werkes näher kennenzulernen.

Wir laden besonders auch die jüngere und mittlere Generation dazu ein.

Anmeldungen zur Teilnahme bitte an:

Herrn Johannes Schilke, Schimmelsfeld 29,
45139 Essen, Tel. (02 01) 28 33 60

4. Deutsch-polnische Studenttagung in Danzig

Auch die 3. Deutsch-polnische Studenttagung in Danzig im Oktober 1996 war mit über 70 Teilnehmern wieder ein voller Erfolg. Einen ausführlichen Bericht bringt die nächste Ausgabe des *adalbertusforums*. Im gleichen Rahmen findet vom **27. September bis 4. Oktober 1997** die **4. Deutsch-polnische Studenttagung** statt. Das Tagungsthema wird lauten:

**„MILLENIUM GEDANENSIS –
Danziger europäische Geltung im Spiegel
von Geschichte – Kultur – Glauben“**

Interessenten mögen sich schon jetzt den Termin vormerken und sich bei der Geschäftsstelle bzw. telefonisch unter (02 11) 40 04 40 (Gerhard Nitschke) melden.

Termine in Kreisau

18. Februar–1. März
Sprachkurs Deutsch-Polnisch

9.–11. Mai

11. Maikonferenz der Stiftung „Kreisau“

14.–17. Mai

„Geschichte Schlesiens im 20. Jahrhundert“ – Konferenz junger Historiker aus Polen, Tschechien und Deutschland

27. Juni–1. Juli

„Frauen und Erfolg“ – Seminar für Frauen aus Polen, Rußland und Deutschland

Ausführliches Programm wird auf Anfrage zugesandt

**Internationale Jugendbegegnungsstätte
Kreisau**, z. Hd. Herrn Stephan Erb
PL-58-112 Grodziske, Krzyzowa 7
Tel./Fax (00 48 74) 52 29 82



Kirchbauverein St. Dorothea von Montau

Zum erstenmal nach der Gründung 1994 fand in Gemen am 6. 7. 1996 auch die Mitgliederversammlung des **Kirchbauvereins St. Dorothea von Montau in Danzig-Nenckau** statt. Der Vorstand war vollzählig anwesend; ihm gehören vier Personen an, davon zwei aus dem Adalbertus-Werk: Ingrid Neudeck (Schriftführerin) und Gerhard Nitschke (Vorsitzender) sowie zwei aus anderen den Kirchbau unterstützenden Gemeinschaften: Eberhard Lilenthal (stellv. Vorsitzender) aus der CV-Verbindung Baltia-Danzig zu Aachen und Georg Drost (Schatzmeister) aus dem Bund Neudeutschland.

Der Vorsitzende berichtete zunächst über den Stand der Arbeiten am Kirchbau. Seit Weihnachten 1995 wird die Unterkirche benutzt, die Grundsteinlegung für den Gesamtbaum erfolgte am 25. Juni 1995, die Oberkirche ist im Mauerkrantz soweit fertig, daß nunmehr dringend das Dach erstellt werden muß.

Der Schatzmeister berichtete, daß – dank vieler kleiner aber auch einiger größerer Spenden – bis Ende 1995 70.000 DM auf das in Danzig eingerichtete Kirchbaukonto überwiesen werden konnten. Seit 1. Mai 1996 liegt vom Finanzamt Düsseldorf die

endgültige Anerkennung (nach der wie üblich zunächst nur vorläufigen für 18 Monate) des Vereins als gemeinnützig vor, sowie der steuerliche Freistellungsbescheid für 5 Jahre.

Die Kirchengemeinde soll veranlaßt werden, einen Bedarfs- und Finanzierungsplan bis zur Fertigstellung des Baus dem Verein zugehen zu lassen, damit gezielter entsprechend einzelner Baumaßnahmen für Spenden geworben werden kann. Sicher ist jedoch, daß allein für das nun dringend erforderliche Dach der Kirche mehr als DM 100.000 benötigt werden.

Der Vorstand des Kirchbauvereins ruft daher am Ende des Jahres – wenn mancher vielleicht noch überlegt, einem guten Zweck etwas zuzuwenden, was steuerlich absetzbar ist – die Leser des *adalbertusforums* erneut zu einer großzügigen Spende für den Kirchbau St. Dorothea auf. Während der 3. Deutsch-polnischen Studenttagung in Danzig Anfang Oktober 1996 haben wir erneut gemeinsam mit der Gemeinde in der Unterkirche einen feierlichen Gottesdienst in beiden Sprachen gehalten. Dabei dankte Pfarrer Kabat sehr herzlich allen Spendern, brachte aber auch sein Vertrauen zum Ausdruck, daß wir der Gemeinde weiter helfen werden, die Kirche unter dem Patronat der hl. Dorothea als Symbol deutsch-polnischer Versöhnung fertigzustellen.

Helfen Sie daher bitte weiter, die Hoffnung der Gemeinde nicht zu enttäuschen! Ein beiliegendes Überweisungsformular gibt Ihnen Gelegenheit dazu! Konto-Nr. 1856640, Deutsche Bank AG, Filiale München, Bankleitzahl 700 700 10

**Kinder in
Gemen – eine
Option für
die Zukunft!**

(siehe auch Festansprache,
Seite 16, letzter Absatz)

